

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der 4. Parlamentssitzung des Stadtparlamentes im Amtsjahr 2023/2024 vom 3. Juli 2023

von 16.15 – 18.22 Uhr

Festsaal Kirchgemeindehaus Liebestrasse, Liebestrasse 3, 8400 Winterthur

Vorsitz: B. Huizinga (EVP)
Protokoll: A. Furrer
Entschuldigt: 4. Sitzung: R. Keller (SP), R. Perroulaz (FDP), S. Casutt (AL)
L. Studer (GLP) nur bis 17.30 Uhr anwesend

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1		Protokoll der 1. Sitzung des Amtsjahres 2023/24	
2*	23.45	Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten der Aufsichtskommission (AK) anstelle des zurücktretenden D. Oswald (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026 (die Wahl erfolgt am 3. Juli 2023)	M. Sorgo
3	23.24 (DFI)	Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes 2022	D. Oswald
4	23.41	Tätigkeitsbericht 2022/23 der Finanzkontrolle	I. Kuster
5	23.35	Jahresbericht 2022 der Ombudsstelle	R. Keller
6	23.36	Tätigkeitsbericht 2022 der Datenschutzbeauftragten	R. Keller
7	23.44	Geschäftsbericht 2022 der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur	U. Glättli
8	23.23 (DPR)	Verpflichtungskredit von Fr. 1,9 Mio. für die Realisierung einer Ersatzspielstätte für das Theater Winterthur während der Sanierung der Theaterliegenschaft (Projekt-Nr. 13397)	G. Stritt
9	22.79 (DPR)	Antrag und Bericht zur Parlamentarischen Initiative Ch. Maier (FDP), G. Stritt (SP), D. Roth-Nater (EVP), N. Holderegger (GLP) und Ch. Griesser (Grüne/AL) betr. Neuauflage der Kulturförderungsverordnung	G. Stritt

10	23.17 (DSS)	Verpflichtungskredit von Fr. 21'070'000 für die Erweiterung der Schulanlage Wyden (Projekt-Nr. 13'242)	A. Würzer
11	23.22 (DBM)	Aufhebung von öffentlichen Strassen und Wegen: Aufhebung der Verbindungsstrasse Kat. Nr. WU2178 von der Neuburgstrasse zur Dättnauerstrasse in Winterthur-Wülflingen	A. Geering
12	22.106 (DBM)	Kommunale Volksinitiative «für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative)» (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)	B. Zäch
13	22.107 (DBM)	Kommunale Volksinitiative «für eine zukunftsfähige Mobilität (Zukunfts-Initiative)» (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)	B. Zäch
14	23.29 (DTB)	Begründung der Motion M. Blum (Grüne/AL), G. Stritt (SP), Ph. Weber (SP), D. Roth-Nater (EVP) und N. Ernst (GLP) betr. kostendeckende Dienstleistungsangebote Gemeinschaftsanschlüsse	
15	23.30	Begründung des Beschlussantrags D. Roth-Nater (EVP), F. Künzler (SP), Ch. Hartmann (SVP), R. Dürr (Grüne), U. Hofer (FDP), K. Vogel (Die Mitte) und S. Gonçalves (EDU) betr. Behördeninitiative: «Verbot biometrischer Gesichtserkennung»	
16	21.4 (DTB)	Antrag und Bericht zum Postulat A. Steiner (GLP), A. Geering (Die Mitte/EDU), K. Frei Glowatz (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Biodiversitätskorridore	
17*	21.74 (DTB)	Antrag und Bericht zum Postulat R. Diener (Grüne/AL), F. Landolt (SP), M. Bänninger (EVP) und M. Nater (GLP) betr. Kündigung der Mitgliedschaft von Stadtwerk Winterthur beim VSG	
18*	22.27 (DTB)	Antrag und Bericht zur Motion R. Diener (Grüne/AL), M. Nater (GLP), M. Bänninger (EVP) und B. Bosshard (SP) betr. Quartierwärmeverbünde mit Grundwasserwärme	
19*	22.7 (DTB)	Antrag und Bericht zum Postulat M. Bänninger (EVP), A. Büeler (Grünen/AL), S. Kocher (GLP) und G. Stritt (SP) betr. Gartenstadt Winterthur - 1000 Bäume für Winterthur - auch für Private Grundstücke	
20*	22.23 (DTB)	Beantwortung der Interpellation U. Hofer (FDP), M. Gross (SVP), M. Bänninger (EVP), I. Kuster (Die Mitte/EDU), P. Weber (SP), K. Frei Glowatz (Grüne/AL) und S. Kocher (GLP) betr. «Cleantech-City Winterthur»: Klimafonds verbessern und verstärken	
21	22.49 (DFI)	Antrag und Bericht zur Motion U. Glättli und S. Kocher (GLP), U. Hofer (FDP), M. Gross (SVP) und F. Kramer-Schwob (EVP) betr. Verordnung über die PKSW proaktiv ordnen	
22*	22.24 (DPR)	Beantwortung der Interpellation I. Kuster (Die Mitte/EDU) und D. Oswald (SVP) betr. Rechtsfallreporting	
23*	22.47 (DPR)	Beantwortung der Interpellation F. Kramer-Schwob (EVP), D. Siegmann (SP), U. Hofer (FDP), S. Kocher (GLP) und T. Wolf (SVP) betr. Organisation Stadtentwicklung	

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Ich begrüsse Euch herzlich zur 4. Sitzung des Amtsjahres 2023/24 des Stadtparlaments Winterthur. Da wir letzten Montag so gut vorwärtsgekommen sind, ist das heute nur eine Einfachsitzung.

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Für die Sitzung abgemeldet haben sich Raphael Perroulaz, Regula Keller und Sarah Casutt. Verspätet kommt Nina Wenger und früher geht Lisa Studer.

Wir haben heute bereits Verabschiedungen. Letztes Mal war ein Geschäft dran, bei dem der Stadtrat nicht zu Wort kam, weil ich mich dazu entschieden habe, die Geschäfte ohne Diskussion auch wirklich ohne Diskussion zu führen, sowohl für das Parlament wie für den Stadtrat. Und so kam Stadtrat Jürg Altwegg gar nicht zu Wort. Dafür entschuldige ich mich. Aber ich möchte Dir danke sagen für allen Deinen Einsatz im Stadtrat und Dir viel, viel Glück wünschen, Gesundheit, Freude und Erfüllung und einfach generell ein schönes Leben. (*Applaus*)

Stadtrat J. Altwegg: Danke vielmal.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Wir haben eine Verabschiedung im Parlament, weil da eine grosse Veränderung stattfindet: Martina Blum hat auf Ende Juli ihren Rücktritt verkündet, weil sie nachher als Stadträtin bei uns sitzt und ihren Sitz dort drüben hat.

Martina Blum war vom 16. Mai 2022 bis jetzt Ende Juli 2023 Mitglied der Sachkommission Umwelt und Betriebe (UBK). Sie wird sich noch ein Geschenk oder einen Gutschein aussuchen, aber jetzt darf ich Dir einfach mal Deine Urkunde übergeben. (*Applaus*)

Wir beginnen die heutige Sitzung mit dem Wahlgeschäft, das wir letztes Mal auf heute vertagt haben.

2. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.45: Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten der Aufsichtskommission (AK) anstelle des zurücktretenden D. Oswald (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026 (die Wahl erfolgt am 3. Juli 2023)

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Parl.-Nr. 2023.45, Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten der Aufsichtskommission (AK) anstelle des zurücktretenden D. Oswald (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026. Das Wort hat die Präsidentin der IFK, Maria Sorgo.

M. Sorgo (IFK): Die IFK schlägt vor als Präsident der Aufsichtskommission anstelle von Daniel Oswald (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022 – 2026: Christian Hartmann (SVP).

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Gibt es da Vermehrungen? – Dem ist nicht der Fall. Somit gratulieren wir Dir zur Wahl, Christian, und wünschen Dir ganz viel Erfolg in Deinem Amt und Deiner neuen Aufgabe. (*Applaus*)

17. Traktandum

Parl.-Nr. 2021.74: Antrag und Bericht zum Postulat R. Diener (Grüne/AL), F. Landolt (SP), M. Bänninger (EVP) und M. Nater (GLP) betr. Kündigung der Mitgliedschaft von Stadtwerk Winterthur beim VSG

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Parl.-Nr. 2021.74, Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Kündigung der Mitgliedschaft von Stadtwerk Winterthur beim VSG. Da gibt es einen Ablehnungsantrag der Grünen. Ich bitte Reto Diener, diesen zu begründen.

R. Diener (Grüne/AL): Es ist kein Ablehnungsantrag, ich nehme nur Stellung zur Antwort des Stadtrats.

Ich bedanke mich im Namen der Grünen/AL für diesen Postulatsbericht zum Thema Austritt aus dem VSG. Die Haltung, die der Stadtrat und Stadtwerk Winterthur uns in diesem Postulat entgegenbringen, scheint uns allerdings mutlos und wenig kongruent mit den beabsichtigten, lokal formulierten Zielen. Die Ziele hat man klar und deutlich formuliert: Rückbau der Leitungsnetze, Gaslieferung fokussiert auf Prozessgas für die Industrie. Das ist grob gesagt ein Drittel des Volumens, das man bisher hatte. Das ist derjenige Anteil, den man auch kaum effektiv ersetzen kann mit anderen Treibstoffen, für den Gas wahrscheinlich die ideale Lösung ist. Und diesen müssen wir vielleicht auch künftig erneuerbar bereitstellen können.

Das heisst aber, weil es heute schon fast kein zusätzliches biogenes, erneuerbares Gas gibt, das wird Gas sein, das wir irgendwie künstlich aufbereiten müssen, über irgendeine dieser Power-to-Gas-Technologien. Wir wissen aber, dass diese Technologien heute erst noch in den Startlöchern stehen und dass die grossvolumige Bereitstellung dieser Menge an Gas, wie wir sie heute haben, nicht funktionieren würde. Schon gar nicht bis 2040, aber mit grösster Wahrscheinlichkeit auch nicht bis 2050.

Auf der anderen Seite ist aber der VSG, der Verband Schweizerischer Gaswirtschaft, bei dem wir beantragt haben, dass die Stadt Winterthur da den Austritt gibt. Dieser Verband erzählt uns ein Märchen von 100% erneuerbarem Gas mit der Menge, wie sie heute besteht. Und nicht nur das, er setzt sogar noch auf einen wachsenden Gasmarkt. Er setzt dabei auch sehr massiv auf die sogenannten Kompensationsmechanismen, die wir kennen, auch das ist gemäss Konsens keine Basis mehr für uns. Als Lobby-Organisation muss er das natürlich, auch wenn es dafür keine verlässliche Umsetzungsstrategie gibt. Wie gesagt: Weder bis 2050 und schon gar nicht bis 2040.

Der Stadtrat argumentiert in seiner Antwort, dass der Zugang zu Fachwissen und Informationen wichtig ist und dass deshalb der Verbleib in diesem Verband beibehalten werden soll. Es gibt aber auch Alternativen dazu, zum Beispiel den Fachverband SVGW, für die zusammengeschlossenen Gas- und Wasserwirtschaftsverbände. Auch diese bieten Unterstützung an.

Die weitere Unterstützung mit dem Verbleib in dieser Lobby-Organisation, in dieser einseitigen Lobby-Organisation VSG, ist unseres Erachtens nicht angezeigt. Die fortschrittlichen Städte haben klar eine Vorreiterrolle, die sie wahrnehmen sollten. Der Austritt beim VSG wäre ein wichtiges Signal für die schweizweite Anpassung der Gasversorgungsstrategie, die unseres Erachtens zwingend folgen muss.

Zusammengefasst: Der Nutzen dieser Mitgliedschaft erschliesst sich uns nach wie vor nicht, auch nach der Antwort des Stadtrats. Im Gegenteil, die Alimentierung einer Lobby-Organisation steht quer zur Dekarbonisierungsstrategie.

Die Grünen/AL beantragen deshalb ablehnende Kenntnisnahme dieses Berichts.

Danke für die Aufmerksamkeit.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Dann erhalten als nächstes die Miteinreichenden das Wort. Für Felix Landolt (SP) übernimmt Lea Jacot.

L. Jacot (SP): Die SP-Fraktion schliesst sich zu einem grossen Teil dem Votum des Vorredners an. Für uns macht es auch nicht viel Sinn, im VSG zu bleiben. Das einzige Argument, das ich gehört habe, das für mich noch Sinn machen würde, ist dasjenige mit der Ausbildung. Aber auch dort muss ich sagen, dass wir in Zukunft wohl eher genügend ausgebildetes Personal haben werden, weil ja nicht nur in Winterthur, sondern kantons- und landesweit Gasleitungen abgebaut werden.

Ich persönlich sehe es auch als heikel, dass wir über 60'000 Franken pro Jahr zahlen für eine Lobby-Organisation, die sich eindeutig auf die Fahne schreibt, Gas zu fördern. Natürlich ist es klar, dass auch für die Fernwärme auch in Zukunft Gas genutzt werden muss, auch in der Industrie Prozessgas, das man nicht ersetzen kann. Das heisst, es wird auch in der Zukunft noch einen gewissen Gasanteil brauchen, aber es steht ja auch in der Antwort, dass der VSG das Ziel formuliert, dass bis 2030 im Wärmemarkt mindestens 30% aus erneuerbarem Gas bestehen soll. Ich sehe das einfach nicht, wie sie das machen wollen, wenn wir auf dem heutigen Niveau bleiben. Also wir werden auf jeden Fall beim Gas sparen und es nur dort einsetzen, wo es absolut nötig ist. Von daher sind wir sehr kritisch, allerdings liegt die Entscheidung beim Stadtrat und nicht bei uns.

Von daher nehmen wir das zähneknirschend so zur Kenntnis. Aber wir haben auch das Gefühl, dass wir die 60'000 Franken andernorts besser einsetzen könnten.

A. Würzer (EVP): Ich kann mich eigentlich auch mehrheitlich den Voten meiner Vorredner anschliessen. Das Anliegen des Postulats war wirklich ein berechtigtes Anliegen vor dem Hintergrund, dass die Netto Null CO₂-Strategie von Stadtwerk Winterthur nicht mehr der Stossrichtung und den Interessen des VSG (namentlich einem potenziellen Wachstum des Gasmarktes) entspricht.

Gleichzeitig konnte der Bericht des Stadtrates unserer Ansicht nach verständlich darlegen, weshalb die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft beim VSG weiterhin vertretbar ist. Zum einen (und das ist wahrscheinlich der Hauptgrund) wird dank der angekündigten Gasrückzugsstrategie der Winterthurer Gasverbrauch in den kommenden Jahren deutlich zurückgehen und damit werden auch die Beiträge an den VSG sinken. Zum anderen (und darüber kann man sicher auch unterschiedlicher Meinung sein) verfolgt auch der VSG die Reduktion des CO₂-Ausstosses auf Netto Null. Einfach 10 Jahre später als das Winterthur will, leider.

Wir als EVP setzen trotzdem noch ein grosses Fragezeichen, ob der VSG sein Ziel einer vollständigen Dekarbonisierung der Schweizer Gasversorgung bis 2050 erreichen kann.

Vielmehr muss aber das Ziel von uns hier in Winterthur sein, den Gashahn zuzudrehen und damit auch dem VSG den Geldhahn abzdrehen.

Die EVP nimmt den Bericht des Stadtrates trotz unserer Vorbehalte und trotz der Vorbehalte meines Vorredners und meiner Vorrednerin zur Kenntnis.

M. Nater (GLP): Danke für die Antwort des Stadtrates und die klare Darlegung aus Sicht des Stadtrates. Das entspricht nicht den Argumenten meiner Vorredner, die ich gehört habe. Das Engagement beim Verband der Schweizerischen Gasindustrie kostet 60'000 Franken und dann noch zusätzlich 50'000 Franken für den Biogas-Fonds. Das ist fast 1 Franken jährlich pro Einwohner. Für dieses Geld müssten die Ziele des VSG mit denjenigen der Stadt Winterthur übereinstimmen.

Es steht aber klar in der Antwort, dass zwischen der Stadt und dem VSG eine Zeitdifferenz zur Zielerreichung von Netto Null im Rahmen von 10 Jahren vorhanden ist. Wir von der GLP sehen da einen grossen Zielkonflikt. Die Stadt Winterthur will das in 17 Jahren erreichen und der VSG will das in 27 Jahren erreichen. Und ich kann ganz klar sagen: 10 Jahre sind ein riesengrosser Unterschied.

Für die Stadt Winterthur ist die Zusammenarbeit wenig zielführend und dann fragt man sich schon, ob die Stadt den Ernst mit Netto Null bis 2040 verstanden hat.

Auch setzt der VSG einen Schwerpunkt auf synthetisches Gas, auf diese Technologie. Wir sind da kritisch, auch wenn alle darauf hoffen, dass in 17 Jahren Erdgasersatz vorhanden ist.

Die Stadt Winterthur will von den Leistungen des VSG profitieren, ohne dafür einen finanziellen Beitrag zu leisten. Mit diesem Argument will die Stadt die Mitgliedschaft rechtfertigen. Der Verein muss gemäss Stadtrat mit genügend Mitteln ausgestattet sein, damit dieser seine Aufgabe erfüllen kann. Gleichzeitig wird angeführt, dass sich durch Reduzierung des Gasverbrauchs diese Beiträge reduzieren. Da der Verein weiterhin seine Lobbyaufgaben erfüllen muss, während die Beitragszahler ihren Gasverbrauch reduzieren, nehme ich nicht an, dass sich die Beiträge reduzieren. Der jährliche Beitrag könnte aus Sicht der GLP sicher besser investiert werden in Massnahmen wie Beschleunigung des Wärmenetzausbaus in der Stadt Winterthur. Der Nutzen für Winterthur ist dort ersichtlich.

Die GLP sieht eine Kündigung beim VSG immer noch als zielführend an. Die ablehnende Kenntnisnahme der Grünen werden wir unterstützen.

St. Gubler (SVP): Wir von der SVP sind gegen die Kündigung dieser Mitgliedschaft. Wir danken dem Stadt für die Ausführungen und sind weitgehend mit ihm einig.

1. Hat sich die Situation im letzten Jahr stark verändert in Bezug auf Gas. Deshalb muss sichergestellt werden, dass wir genügend Gas haben, um den wichtigen Bestand zu sichern.

Dann wir möchten in der KVA lieber wieder mit Gas statt mit Heizöl nachfeuern.

2. Geht es bei dieser Mitgliedschaft nicht nur um fossile Gase, sondern auch um erneuerbare Gase wie Biogas, Wasserstoff usw. Auch da ist man im Wandel. Und es ist angezeigt, sich miteinander zu verbessern. Auch Bundesrätin Sommaruga sagt, dass der VSG ein Teil der Lösung ist für das klimaneutrale Energiesystem. Im Moment sind 8% des Gases erneuerbar. Bis 2040 möchte der VSG 50% und bis 2050 100%. Mir wäre es manchmal auch lieber, es würde alles ein bisschen schneller gehen, aber irgendwo müssen wir auch noch ein bisschen realistisch bleiben.

3. Die Kosten für die Mitgliedschaft werden immer weniger, da der Beitrag abhängig ist vom Gasbezug. Und der ist in den letzten Jahren massiv zurückgegangen.

4. Städte wie Luzern, St. Gallen, Schaffhausen, Zürich haben sich entschlossen, Mitglied zu bleiben. Es wird ja immer gerne verglichen, welche Städte auch mitmachen oder eben nicht. Und da haben wir jetzt 4 Städte, die dabei sind.

5. Da wir in Winterthur ausser in der Industrie auch in Privathaushalten immer noch mit Gas heizen, das noch bis vor kurzer Zeit von der Stadt Winterthur gefördert wurde, muss das Gasnetz aufrechterhalten werden.

Wir von der SVP-Fraktion sind gegen die Kündigung beim VSG.

U. Bänziger (FDP): Nur weil man heute nicht zufrieden ist mit der Strategie eines Verbands, heisst das nicht, dass es auch zielführend ist für die Stadt, auszutreten. Und es gibt eben auch ein morgen.

Fakt ist, dass wir 2040 ein verkleinertes Gasnetz haben werden. Fakt ist auch, dass sich Deutschland 2040 ausnehmen wird, die Leitungen in die Schweiz mit 100% Wasserstoff zu befüllen. Wenn man das also fortschreibt, wenn man einfach austritt – denn es ist ja ganz klar, dass die Stadtwerke auch mitgestalten können, wie solche Veränderungen in der Schweiz durchgesetzt werden - wenn wir nicht dabei sind, dann wird es einfach über unsere Köpfe hinweg entschieden und wir fressen dann einfach, was auf den Tisch kommt.

Und ja, dann ist unsere Stimme einfach nichts mehr wert. Wenn wir bereit sind, 60'000 Franken für den VSG zu streichen, für etwas, das auch zukünftig wichtig ist – und auf der anderen Seite 250'000 Franken für einen sinnlosen Cannabis-Versuch ausgeben: Bravo, das ist eine schöne Vorstellung.

Die FDP unterstützt die Strategie von Stadtrat und Stadtwerk mit der Mitgliedschaft und nimmt die Antwort und den Bericht im zustimmenden Sinn zur Kenntnis.

Besten Dank.

S. Gonçalvez (Die Mitte/EDU): Wie bereits gesagt wurde, will die Stadt Winterthur den Gasverbrauch massiv zurückfahren. Das Gas soll nur noch an wenigen Orten benutzt werden, um dem Ziel von Netto Null näherzukommen. Damit aber die industriellen Prozesse in Winterthur weiterhin funktionieren, braucht es das Gas und entsprechend auch den Anschluss an

den VSG. Bei einer Kündigung würde die Stadt Winterthur trotzdem von den Dienstleistungen des VSG profitieren, ohne dass man dafür mitbezahlt.

Die Mitte/EDU will keine Trittbrettfahrerin sein. Deshalb sind wir zufrieden mit der Antwort und nehmen die Postulatsantwort zustimmend zur Kenntnis.

Stadtrat St. Fritschi: Ich möchte da betonen, dass wir in der Stadt Winterthur fortschrittlicher sind als die meisten Gemeinden auf dieser Welt, was die Gasstrategie betrifft: Wir bauen nämlich das Gas schon seit Jahren zurück. Das ist nicht üblich. Es werden immer noch Gasleitungen gebaut, auch in der Schweiz, auch in der unmittelbaren Umgebung der Gemeinde Winterthur.

Wir waren der Zeit voraus und wollten aber in der Antwort trotzdem zeigen, dass ein VSG ein wichtiges Instrument ist, um unsere Strategie zur Nachfolge zu verkaufen und auch in Bundesbern gehört zu werden. Es ist nicht so, dass man in Bern überall gross die Türen offen hat als einzelne Gemeinde. Sondern mit dem Druck einer Organisation kann man die eigene Strategie unterstützen und es kann sein, dass die eigene Strategie auch von einem Verband übernommen wird. Nur weil wir jetzt die schnellere Geschwindigkeit haben mit 2040 als der VSG mit 2050, heisst das nicht, dass wir da austreten müssen. Sonst müssten wir auch aus dem Kanton Zürich austreten, der auch 2050 hat, oder als Stadt Winterthur aus der Schweiz austreten – denn die Schweiz hatte 2050 als Ziel. Das ist doch keine Art, wenn man mit der Geschwindigkeit nicht einverstanden ist, gleich den Bettel hinzuschmeissen und auszutreten. Sondern im Gegenteil, man muss dann Einfluss nehmen und versuchen, die anderen davon zu überzeugen, auch auf das Tempo einzuschwenken, das man selbst geht.

Wir haben zusammen mit dem VSG und diversen anderen Stadtwerken ein Strategiepapier erarbeitet, wo Stadtwerk Winterthur an vorderster Front dabei war, das eben zeigt, wie man den Ausstieg schafft aus dieser Abhängigkeit vom Gas. Das hat uns der VSG unterstützt mit Fachkräften und dem Knowhow, das wir nicht alle verfügbar haben auf Gemeindestufe.

Wir brauchen den VSG auch zu Ausbildungszwecken. Wir können nicht behaupten, dass wenn wir bis 2040 noch Gas brauchen, dass wir schon alle Leute ausgebildet haben bis dahin. Das würde heissen, dass die Leute, die jetzt schon ausgebildet sind, alle noch garantiert 17 Jahre arbeiten müssen und es darf keine neuen Leute mehr geben. Das wäre also fatal, wenn man es so an die Wand fahren würde und am Schluss noch die Stadträte vorbeischickt, um zu probieren, die Gasleitungen zu legen. Das kann es doch nicht sein. Man muss doch auch für die Zukunft schauen, dass wir die Fachkräfte haben, die wissen, wie das Gasnetz funktioniert und das auch anwenden können.

Auch die Anerkennung der Biogase ist zwingend notwendig. Das funktioniert jetzt noch nicht, wenn es über die Grenze geht. Und da kann nicht der Stadtrat oder das Parlament von Winterthur versuchen, einen Staatsvertrag mit Deutschland zu machen. Da brauchen wir einen starken Verband, der dafür kämpft und mit dem Bundesrat kämpft und da diese Anerkennung hinbringt.

Auch die Situation mit der Energiemangellage, die im nächsten Winter wieder kommen wird, da ist es ganz wichtig, dass wir einen starken Verband haben, der dafür schaut, dass die Energiemangellage gut über die Runden geht und dass es für die Gemeinden so ist, dass es dann auch funktioniert. Und da hat der VSG eine ganz starke Rolle und er hat einen guten Job gemacht mit der Organisation, die er auf die Beine gestellt hat und dafür schaute, dass wir da über die Runden kommen.

Jetzt könnt Ihr schon sagen, wir treten einfach aus dem VSG aus. Das kann man machen. Und viele Sachen, die der VSG macht, wird er auch machen, wenn wir den Beitrag nicht zahlen. Aber ist das unsere Art und Weise, wie wir als Stadt Winterthur auftreten wollen? Einfach dort auszutreten, wo wir unsolidarisch merken, das wird ja sowieso gemacht, wir können uns ja das Geld sparen. Dann sollen wir aus dem Städteverband austreten? Denn den Städteverband wird es auch geben, wenn wir austreten, das ist klar, und wir sparen viel Geld. Oder sollen wir bei Swisspower austreten? Swisspower wird es auch geben, wenn Winterthur nicht mehr dabei ist. Aber das ist doch unsolidarisch für eine Stadt wie Winterthur. Und ich finde es nicht richtig, wenn wir dann einfach Nutzniesser sind und von den Dienstleistungen profitieren.

Wir erwarten auch von den anderen Gemeinden, dass sie ihren Beitrag leisten. Und wenn man anfängt, einfach nur noch Trittbrettfahrer zu sein, dann finde ich das unsolidarisch. Also für uns ist der VSG ein wichtiges Instrument, um unsere Ziele zu erreichen. Ich gebe es zu, wir sind ein bisschen schneller unterwegs als der VSG – aber das reicht für uns nicht, dass wir dann einfach unsolidarisch werden und austreten. Sondern im Gegenteil, wir brauchen das Knowhow und die grosse Nähe, die der VSG in Bundesbern hat, dass wir unsere Interessen wahrnehmen können. Und wir hoffen, dass wir auch dank dem VSG Biogas besser anerkannt bekommen, dass wir weiterhin gute Ausbildungen erhalten für unsere Fachleute und dass wir die nächste Energiemangellage einigermaßen gut über die Runden bringen.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Stefan.

Da sich aus den Voten abzeichnet, dass nicht alle diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen werden, werden wir über beide Ziffern separat abstimmen. Da es eine Schlussabstimmung ist, bitte ich die Stimmzähler, dann auszuzählen.

Die 1. Ziffer, die zustimmende Kenntnisnahme zur Postulatsantwort: Wer diese zustimmend zur Kenntnis nehmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben. Bitte auszählen.

Wer sie ablehnend zur Kenntnis nimmt?

Ihr habt den Antrag und Bericht zum Postulat mit 38:16 zustimmend zur Kenntnis genommen.

Wer der 2. Ziffer, das Postulat als erledigt abzuschreiben, zustimmen möchte, soll das jetzt mit Handerheben bezeugen. Bitte auszählen, weil es eine Schlussabstimmung ist.

Wer möchte das Postulat noch nicht abschreiben?

Gibt es Enthaltungen?

Das Postulat ist mit 55:0 als erledigt abgeschrieben.

18. Traktandum

Parl.-Nr. 2022.27: Antrag und Bericht zur Motion R. Diener (Grüne/AL), M. Nater (GLP), M. Bänninger (EVP) und B. Bosshard (SP) betr. Quartierwärmeverbünde mit Grundwasserwärme

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Parl.-Nr. 2022.27, Antrag und Bericht zur Motion betreffend Quartierwärmeverbünde mit Grundwasserwärme. Das Geschäft wurde in der UBK behandelt, deshalb bekommt zuerst der Erstmotionär das Wort, dann die Mitglieder der UBK und dann die Miteinreichenden. Reto Diener hat das Wort.

R. Diener (Grüne/AL): Wir von den Grünen/AL danken dem Stadtrat für den Bericht und den Antrag zur Erheblicherklärung. Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass der Stadtrat sich so etwas vorstellen kann im Bereich der Neuwiesenregion und dass das jetzt immerhin in die Mittel- bis Langfristplanung aufgenommen werden soll. Die Masterplanung Wärmenetze hat das ja nochmals bestätigt.

Zum Stadtratsantrag der Fristverlängerung jetzt vielleicht noch 2-3 Worte, für die Umsetzung, die in der Pipeline stehen soll: Wenn, wie erwähnt im Bericht, bis 2025/26 allenfalls eine Ausschöpfung des Potenzials der Kehrichtverbrennungsanlage-Wärme vorhanden sein sollte, dann müsste eine solche Anlage allerdings bis spätestens 2027 in Betrieb gehen, d.h. bis dahin müsste man eine solche Anlage gebaut haben. Der Stadtrat will aber erst bis 2028 die Vorlage bringen, für den Bau und die Umsetzung müssten realistischerweise ja auch noch 2-3 oder noch mehr Jahre vorgesehen werden. Wenn die Planung so richtig ist, hätten wir eine Lücke von mindestens 5 Jahren, bis sie ihren Betrieb aufnehmen kann.

Liebes Stadtwerk, irgendetwas kann da doch nicht stimmen. Entweder ist Eure Planung falsch oder dann ist Eure Argumentation falsch.

Ich komme noch zu einem anderen Punkt: Selbstverständlich ist die Diskussion über die frühere Projektierung durch diese Motion auch wieder angestossen worden. Es ist überhaupt nicht zwingend, dass man bei den Wärmenetzen auch wieder in eine Mangellage läuft, wie das jetzt zum Beispiel beim Schulraum passiert ist, wo wir jetzt überall panikmässig die vielen Ersatzbauten, die Pavillonbauten, machen müssen.

Aus unserer Sicht wäre eine dezidierte Umsetzung, selbstverständlich auch dito für den Leitungsbau, für die Zielerreichung von Netto Null 2040 unumgänglich. Insofern begrüssen wir natürlich aber auch, dass der Ausbau der Wärmeversorgung beim Parlament bzw. der Bevölkerung ein neuer Rahmenkredit abgeholt werden soll. Das ist allerdings dringend nötig und muss so schnell wie möglich erfolgen.

Und ja, richtig, für die Verbraucher ist es selbstverständlich nicht so relevant, die meisten interessiert das nicht ernsthaft, ob die angelieferte Wärme von da oder von dort kommt. Wichtig ist, dass man überhaupt anschliessen kann. Und gerade diesbezüglich ist für Neuwiesen Nordwest, also den Teil, der weiter weg ist vom Bahnhof und bis nach Wülflingen hinuntergeht, auch mit dem neuesten Masterplan leider mehr oder weniger duster. Man kann sogar sagen «zappenduster».

Es gibt weiterhin keine verbindliche Verlässlichkeit für die Anschlussplanung der Bevölkerung generell, der Eigentümer. Die Eigentümer werden von Stadtwerk stattdessen aufgefordert, in einem solchen Fall halt selbst Mikroverbünde aufzubauen. Sie leisten zwar ein bisschen Support und Anschubprojektierung. Aber – davon haben wir gerade wieder Kenntnis erhalten – das funktioniert längst nicht überall. Das funktioniert nur bei Arealüberbauungen oder bei Überbauungen, bei denen sich ganz wenige zusammentun können. Sobald man geteilte, verzweigte Eigentümerschaften hat, wird so etwas nie funktionieren.

Auch deshalb fordern wir von der Stadt und von Stadtwerk mehr Weitsicht zur Verstärkung des Service Public.

Deshalb bin ich mit der Fristerstreckung bis 2028 nicht einverstanden. Aber wegen dem klaren Abstimmungsergebnis in der Kommission verzichte ich jetzt auf einen Antrag zur Verkürzung und erwarte vom Stadtrat im Moment, das ist das allerwichtigste, dass der Nordwestteil vom Neuwiesen auch so schnell wie möglich von den Vorteilen eines Wärmenetzes profitieren kann. Das heisst, dass das Netz dort ausgebaut werden soll. Das ist sicher prioritär, da sind wir alle einverstanden.

Danke für die Aufmerksamkeit. Die Grünen/AL werden dem Antrag des Stadtrates zustimmen.

Ph. Weber (SP): Ich kann mich grösstenteils Reto Diener anschliessen. Ich bedanke mich bei den Stadtwerk-Mitarbeitenden, dass diese Vorlage geschaffen wird. In der Kommission haben wir mit 8:0 dieser Fristerstreckung zugestimmt. Der Grund dafür ist, dass die Mitarbeitenden von Stadtwerk schlüssig erklären konnten, weshalb es Sinn macht, dass man andere Projekte priorisiert. Und sie haben auch angetönt, dass sie sehr wahrscheinlich schon früher damit anfangen werden. Und dass man diese Lücke, die es vielleicht geben wird, wenn die KVA ausgeschöpft ist, ohnehin schon früher schliessen müsste. Wir nehmen da die Mitarbeitenden von Stadtwerk und vor allem Stefan Fritschi beim Wort und hoffen, dass die Versprechen eingelöst werden. Und dazu kommt noch, dass eine Fristerstreckung bis 2028 in den momentanen Zuständen, die bei Stadtwerk herrschen, schon quasi Schnellzutempo ist. Deshalb können wir damit leben. Danke.

M. Nater (GLP): Vielen Dank für den Bericht und die vorgeschlagene Weiterführung von der angedachten Wärmezentrale Neuwiesen. Um Netto Null bis 2040 zu erreichen, müssen wir ganz sicher die Heizenergie mit erneuerbarer Energie sicherstellen. Da trifft es sich gut, dass wir einen riesigen Grundwasserstrom in Winterthur haben, der im tiefsten Winter ständig Wasser mit 10 – 5 Grad Wärme führt. Das ermöglicht den Einsatz von Wärmepumpen mit einem hohen Wirkungsgrad von bis zu Faktor 5 gegenüber fossilen Energien.

Zur Wirtschaftlichkeit: Am 30. August 2017 ist Aquifer mit dem Hauptargument zurückgezogen worden, dass es zu diesem Zeitpunkt nicht wirtschaftlich ist, da die fossile Energie zu bil-

lig ist. Nur 6 Jahre später sieht es anders aus, da die Wirtschaftlichkeit inzwischen aus Quartiersicht gemäss Begründung Stadtrat gegeben ist. Aus GLP-Sicht: Wenn Grundwassernutzung nur aus Quartiersicht als lohnende Investition beurteilt wird, sehen wir leider nach den Wahlen 2026 schon wieder Argumente, um dieses Projekt zu verschieben. Wichtig ist neben der Wirtschaftlichkeit auch, dass es an Biogas fehlt und die Ressourcen für erneuerbare Gase ausgebaut werden müssen. Ich hoffe, dass der Stadtrat auch bei kurzfristig sinkender Wirtschaftlichkeit dieses Mal an diesem Projekt festhält.

Zum Umsetzungszeitpunkt: Gemäss Bericht soll die erste Wärmezentrale bis 2028 vorhanden sein. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Nur: Wann ist denn die erste Anlage soweit, dass sie wirklich Wärme liefern kann? Wir kennen die Umsetzungsgeschwindigkeit von Projekten in Winterthur. Da gibt es immer wieder Verzögerungen. Voraussichtlich haben wir erst 2035 den ersten Quartierwärmeverbund mit Grundwasserwärme. Aber auch da stellt sich dann wieder die Frage, ob die Stadt es ernst meint mit Netto Null bis 2040.

Wir von der GLP begrünnen die Erheblicherklärung dieser Motion. Beim Umsetzungszeitraum würden wir uns wünschen, wie es auch meine Vorredner gesagt haben, dass das schneller geht als 2028. Und hoffen, dass dort auch die Ressourcen entsprechend vorhanden sind.

A. Würzer (EVP): Ich halte mein Votum kurz. Im Namen der Eingabefraktion möchte ich mich für den Bericht bedanken. Es freut uns von der EVP natürlich, dass mit dem Grundwasser der Eulach und der Töss, neben der Wärme aus der KVA und aus Holzschnitzelanlagen ein zusätzliches grosses Wärmepotenzial vorhanden ist, welches mit entsprechenden Wärmepumpen für die Gebäudeenergieversorgung genutzt werden könnte. Wir können es nachvollziehen, dass der Stadtrat in seinem Bericht zum Schluss kommt, dass das eine Fristerstreckung braucht. Wir werden auch die Erheblichkeitserklärung unterstützen. Vielen Dank.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Das Ganze, die Umsetzung, die da jetzt angestrebt wird, ist ein ziemlicher verwaltungstechnischer Murks! Der Murks kommt zustande, weil der Stadtrat für den Fall einer Überweisung dieser Motion sich in weiser Voraussicht die Kompetenzen sichern will, die er ohne diese Überweisung schon hätte. Wir reden hier von einem Zeithorizont von fünf Jahren. Vermutlich braucht es das Grundwasser, wie im Bericht dargelegt, erst ab 2028 – also die Grundwasserwärme. Für eine Handlung im 2028 ist eine erheblich erklärte Motion heute aber eigentlich das falsche Werkzeug. Ausserdem machen wir mit dieser Motion die Prozesse aus finanzrechtlicher Sicht die Dinge für den Stadtrat noch komplizierter statt einfacher.

Finanzrechtlich: Aktuell kann der Stadtrat die benötigten Mittel für einen Wärmeverbund mit Grundwasserwärme in eigener Kompetenz sprechen aufgrund des geltenden Finanzrechts und geltenden Rahmenkredits. Das erkennt man, wenn man den Bericht aufmerksam liest. Mit der erheblich erklärten Motion wird der Beschluss aber in die Kompetenz des Stadtparlaments verschoben und damit referendumsfähig gemacht. Um dies zu verhindern, braucht es die relativ vage formulierte Antragsziffer 3. Mit dem Begriff «gegebenenfalls» wird diese Ziffer (respektive die Kompetenz Rückverlagerung vom Stadtparlament zum Stadtrat) anfechtbar. Auch andere Gründe können dann diese Kompetenzrückverschiebung verhindern, die heute nicht absehbar sind. Ohne die Motion bräuchte es dieses Trickli mit der Ziffer 3 nicht.

Fristerstreckung, die Reto auch schon angesprochen hat: Vier Jahre Fristerstreckung für eine Motion ist eigentlich jenseits, das hatten wir bisher noch nie. Der Stadtrat muss einer erheblich erklärten Motion innert 12 Monaten entsprechen. Jetzt haben wir mit der Organisationsverordnung des Stadtparlaments die Möglichkeit, eine Frist zu verlängern nach Antrag des Stadtrats. Allerdings: Eine Erstreckung um vier Jahre ist vermutlich nicht im Sinne der Organisationsverordnung. Man könnte die Motion stattdessen jetzt aufgrund dieses Berichts abschreiben, wenn der Stadtrat sagt, dass er das ohnehin bis 2028 umsetzen muss, damit er genug Wärmeverbunde hat. Wenn dann nichts passiert, könnte das Stadtparlament ab 2026 nachfassen – so wie Reto es in Aussicht stellt, dass man das auch jetzt mit der Erheblicherklärung allenfalls machen müsste.

Zusammengefasst: Wir als Mitte/EDU-Fraktion sind sehr dafür, dass man die Grundwasserwärme nutzt für einen Wärmeverbund. Und wir sind der Meinung, der Stadtrat legt in seinem

Bericht dar, dass er dran ist und das spätestens bis 2028 umsetzen will. Dies mit oder ohne erheblich erklärte Motion. Mit der Motion verkomplizieren wir den Prozess für den Stadtrat nur unnötig.

Da die UBK der Fristverlängerung aber einstimmig zugestimmt hat, folgen wir der UBK und stimmen allen drei Antragsziffern zu.

U. Bänziger (FDP): Eigentlich wollte ich nichts dazu sagen, aber jetzt nervt es mich doch ein bisschen zu sehr.

Liebe Votantinnen und Votanten, Ihr wisst schon, dass wir einen Energieplan verabschiedet haben in der Stadt Winterthur? Es sollte eigentlich klar sein, wohin die Reise geht. Und jetzt seid Ihr erstaunt, dass es ein bisschen länger geht und nicht schon morgen alles bereits gemacht ist.

Und, lieber Philipp Weber, Du sagst, das sei aus Sicht von Stadtwerk schon schnell. Gibt es Zielvorgaben von Stadtwerk, die nicht erfüllt sind? Oder gibt es sonst Bemerkungen, die zu diesem Thema sachdienlich sind? Denn so ist es nicht hilfreich in einer solchen Diskussion. Und auch lieber Andreas Geering, eine Fristerstreckung von vier Jahren hätte man noch nie gesehen – es gibt auch Vorgaben und Fristen beim Bauen und man muss realistisch sein: Man kann nicht einfach morgen beginnen. Es sind immer wieder die gleichen Ressourcen. Und vier Jahre sind in dem Sinne sportlich, wenn man sieht, was beim Bauen alles unterwegs ist, in Zeiten von Fachkräftemangel und Materialmangel.

Ich möchte das nicht weiter verlängern. Wir stimmen selbstverständlich dem Antrag des Stadtrates zu. Danke.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Lieber Urs Bänziger, Du hast mich falsch verstanden. Ich finde vier Jahre, den Zeitraum, den der Stadtrat setzt bis 2028, nicht falsch oder unplausibel oder völlig quer. Sondern ich finde es eigentlich den falschen Weg, dass man eine Motion erheblich erklärt, die das verlangt, was der Stadtrat ohnehin machen will, aber dafür dann Ziffer 2 und 3 braucht, damit der Stadtrat das auch so machen kann, dass es sinnvoll ist. Danke.

Stadtrat St. Fritschi: Es stimmt, wir hätten es gerne unerheblich erklärt und gesagt, wir bauen es einfach dann, wenn wir es für richtig erachten. Aber Stadtwerk ist der Meinung, dass man da auch ein Commitment, ein Versprechen abgeben will, dass wir die Grundwasserwärme brauchen wollen. Aber, da muss ich leider auch die Parlamentarier und Parlamentarierinnen darum bitten, dass Ihr das Fachwissen der Fachleute auch respektiert. Und solche Seitenhiebe wie von Philipp Weber, man sei sich ohnehin gewöhnt, dass Stadtwerk nicht schnell genug arbeitet – diese streite ich mit grosser Vehemenz ab, denn es stimmt einfach nicht. Es ist leider so, dass Leitungen unter dem Boden sind. Und deshalb seht Ihr das vielleicht nicht. Und vielleicht wohnt Ihr im falschen Stadtkreis und seht nicht, dass Leitungen gelegt und neue Anschlüsse gemacht werden.

Von der Zeit, als Aquifer damals abgelehnt wurde, bis jetzt haben wir über 40 Megawatt Leistung angeschlossen – Anschlüsse. Und das ist das, was zählt. Man spart kein einziges CO₂-Gramm, wenn man einfach Wärmezentralen baut. Wir sparen, wenn man Häuser anschliesst an die Fernwärme. Wir haben 40 Megawatt angeschlossen seit wir Aquifer gestoppt haben. 40 Megawatt! Wenn Aquifer damals gebaut worden wäre, hätte es das im 20. Ausbaujahr (2035) erreicht. Also wir sind viel schneller vorangekommen, indem wir in der Zwischenzeit Leitungen gebaut haben – und wir haben viele Leitungen gebaut. Und dann spart man wirklich CO₂. Und es macht keinen Sinn, dass man Wärmezentralen auf Vorrat baut. Das ist nicht so wie beim Bau von Häusern. Es ist wichtig, dass man möglichst schnell Wärmeleitungen baut, damit die Häuser angeschlossen werden, und dann kann man im 2. Schritt dann die nötigen Wärmezentralen bauen, sobald die Wärme von den Wärmezentralen, die existieren, nicht mehr reichen.

Wir haben sehr viele Verbesserungen gemacht in den Grundlagen, in der Vorstudie, im Vergleich zum ursprünglichen Aquifer-Projekt. Zum Beispiel ist die Grundwasserausnutzung 40% höher als im ursprünglichen Projekt. Wir erschliessen 43% mehr Gebiet als im ursprünglichen Aquifer-Projekt gedacht war. Und wir haben nur Investitionen, die ungefähr 30% höher sind.

Das zeigt, dass das neue Grundwasserprojekt viel wirtschaftlicher ist und dann viel eher auch selbstfinanziert ist.

Wir müssen leider zugeben, dass Grundwasser nie eine grosse Bedeutung haben wird in Winterthur. Das haben wir im Masterplan gezeigt: Es wird uns ungefähr 2% der Wärmeenergie für die ganze Stadt Winterthur geben. Im Gegensatz zur anderen Wärme, die erneuerbar ist, vor allem auch die Fernwärme der KVA, die Holzschntzelheizungen und die Abwärme der ARA, die schlussendlich 44% Wärme liefern – da sind die 2% Grundwasser kein grosser Anteil. Aber trotzdem ist der Stadtrat der Meinung, dass wir diese Grundwasserwärme erschliessen wollen. Und wir wollen sie dann erschliessen, wenn es nötig ist. Und nicht vorher. Und wir bauen jetzt Leitungen im Gebiet Neuwiesen, wir sind und werden dort wirklich vorankommen. Das ist uns wichtig.

Und deshalb wollen wir klarmachen, dass es wichtig ist, dass man diese Wärmezentrale nicht jetzt baut. Und in der Motion war leider ganz klar geschrieben, dass man eine Umsetzungsvorlage vorlegen muss. Und eine Umsetzungsvorlage ist natürlich ein bisschen mehr als nur einfach ein Vorprojekt. Es ist ein ganz detailliertes Projekt. Und es macht keinen Sinn, wenn wir das zu früh machen und danach dann vier Jahre warten mit dem Bau dieser Vorlage. Also ist es wirklich sinnvoller, zuerst die Leitungen zu bauen, und dann mit der Umsetzungsvorlage zu kommen, damit wir dann zur richtigen Zeit die nötige Grundwasserwärme dazunehmen können.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Stefan.

Da kein Ablehnungsantrag vorliegt, schlage ich vor, dass wir über alle drei Ziffern gemeinsam abstimmen werden. Da es sich um eine Schlussabstimmung zur Erheblichkeitserklärung handelt, bitte ich die Stimmzähler, das Ergebnis auszuzählen.

Wer dem Geschäft zustimmen möchte, soll das jetzt bitte mit Handerheben zeigen.

Wer lehnt es ab?

Gibt es Enthaltungen?

Somit wurde das Geschäft einstimmig mit 54 Stimmen als erheblich erklärt.

19. Traktandum

Parl.-Nr. 2022.7: Antrag und Bericht zum Postulat M. Bänninger (EVP), A. Büeler (Grünen/AL), S. Kocher (GLP) und G. Stritt (SP) betr. Gartenstadt Winterthur - 1000 Bäume für Winterthur - auch für Private Grundstücke

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Parl.-Nr. 2022.7, Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Gartenstadt Winterthur - 1000 Bäume für Winterthur - auch für Private Grundstücke. Als erstes hat das Wort Alex Würzer (EVP) für den Erstpostulanten Michael Bänninger.

A. Würzer (EVP): Vielen Dank für den Bericht. Es ist aus unserer Sicht erfreulich, dass die Stadt den geforderten Ansatz des Einbezugs von Privaten und weiteren aufgreift.

Mit dem vom Stadtrat vorgesehenen gezielten Vorgehen, 1. eine GIS-Analyse des Baumbestandes und der Baumbestandesentwicklung, 2. ein aktives Zugehen auf die Grundeigentümerschaften durch Stadtgrün Winterthur und 3. Abschluss von Verträgen über die Pflanzung und Pflege sowie den Erhalt der neuen Bäume mit den Grundeigentümerschaften zeigt der Stadtrat eine grundsätzlich sinnvolle und aus unserer Sicht auch nachhaltige Strategie zur Umsetzung der Grundforderungen des Postulats auf. Denn tatsächlich ist es natürlich wichtig, dass die Verteilung der Bäume flächendeckend geschieht.

Wir hoffen aber auch, dass dieses Postulat nun zu einem Neudenken führt und auch dazu führt, dass zeitnah weitere, noch ambitioniertere Projekte in diese Richtung entstehen. Denn es ist offensichtlich: Der Anteil der Baumkronendeckung bei Privaten und Dritten ist in der Stadt Winterthur mit 16% viel zu tief! Auch die Stadt ist mit 27% klar zu wenig weit, um auf

kommende Hitzewellen und den Klimawandel vorbereitet zu sein. Da der Grossteil der Winterthurer Fläche nicht im Besitz der Stadt ist, sollte es eigentlich auf der Hand liegen, über das eigene Gärtchen hinauszuschauen und hinauszudenken. Die erfolgreiche Zusammenarbeit von Stadtgrün mit einem Landwirt von der Weierhöhe darf auch durchaus als Referenz genommen werden.

Was wir im Bericht noch vermissen, ist das Einbeziehen der breiten Bevölkerung (Stichwort Marketing-Aktion), denn Gartenstadt geht uns alle etwas an. So könnte beispielsweise ein Aktionstag am Neumarkt durchgeführt werden, wo Stecklinge gratis an die Bevölkerung abgegeben werden. Begleitet mit Informationskampagnen könnte so die Winterthurer Bevölkerung mit auf den Weg genommen werden. Klar, nicht alle sind gleichermassen privilegiert und verfügen über ein entsprechendes Grundstück, wo die Bäume auch gepflanzt werden können. Und klar braucht es begleitend auch Informationen darüber, wie und wo die Bäume gepflanzt werden dürfen und wie sie zu pflegen sind - nicht dass 25 Jahre später der grosse Frust in Form der Kettensäge aufkommt, weil der Nachbar keine Freude mehr daran hat. Weiter würden wir es begrüßen, weiterhin über den Fortschritt der Baumpflanzungen informiert zu werden. Ich glaube, das ist sehr interessant auch für die breite Bevölkerung, um zu sehen, dass da etwas am Tun ist und die Bäume tatsächlich gepflanzt werden. Das kann auch dazu führen, dass die Winterthurer Bevölkerung weiter sensibilisiert wird zu diesem Thema.

Die EVP nimmt den Bericht des Stadtrates insgesamt zur Kenntnis und ist erfreut, dass dieses Postulat voraussichtlich einen wichtigen Schritt hin zur Gartenstadt Winterthur beitragen kann. Gleichzeitig braucht es in Zukunft weniger Gärtchen-Denken und neue mutige Ansätze. Vielen Dank.

A. Büeler (Grüne/AL): Bei den gerade erlebten heissen Juni-Temperaturen bin ich froh, dass diverse Städte weltweit auf gross angelegte Baumpflanzungen setzen, um wenigstens lokal die Auswirkungen der Klimaerhitzung ein bisschen abzumildern.

Zurück auf Winterthur: Die Grünen/AL danken für den Postulatsbericht. Der Stadtrat ist mit uns einig, dass der Baumbestand auf nicht stadteigenem Grundeigentum sehr wichtig ist und noch Potenzial zur Verdichtung hat. Mit dem vorgesehenen Einbezug von privaten Grundstücken wird das Hauptanliegen vom Postulat aufgenommen, da kann ich mich weitgehend dem Votum von Alex Würzer anschliessen. Der aufgezeigte Weg mit Verträgen mit den Grundeigentümerschaften über die Pflanzung und Pflege von neuen Bäumen scheint uns auch zielführend zu sein, um einen langfristigen Fortbestand von strategisch wichtiger Bäumen zu sichern.

Aber auch für uns bleibt der Bericht bezüglich Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit hinter unserer Erwartung zurück. Die im Postulat geforderte Marketing-Aktion fehlt völlig, obwohl sie ideal ergänzend zu den beschriebenen unumstrittenen Massnahmen wirken würden. Ich bin überzeugt, dass viele Privatpersonen und Liegenschaftenverwaltungen durchaus in der Lage wären, eine Jungpflanze zu pflegen, ohne dass diese gleich eingeht. Sie würden aber Beratung und Informationen bezüglich zukunftstauglicher Pflanzensorten und Gartengestaltung sicher schätzen (als Randbemerkung: Es muss ja nicht auf Bäume beschränkt sein, sondern kann auch mal der Ersatz von öden Thujahecken, Schottergärten oder Rasenflächen sein). Eine Vorbildfunktion der Stadt, begleitet durch innovative Kampagnen, strahlt auch auf Private aus, auch wenn man den Zusammenhang vielleicht nicht immer direkt messen kann.

So hat es mich sehr gefreut, als ich gelesen habe, dass das Zentrum Neuwiesen mit zusätzlichen Sträuchern, Bäumen und einem Fassadenteppich begrünt werden soll.

Wir nehmen den Bericht trotz dieser Kritik zustimmend zur Kenntnis. Allerdings bedeuten die 1'000 zusätzlichen Bäume im Vergleich zum Baumbestand vor dem dreijährigen Programm ja nur ein Plus von 7.7%. Das heisst, für uns ist das Programm erst ein Anfang und nur ein kleines von vielen Puzzleteilen auf dem Weg zu einer klimaangepassten Schwammstadt.

Danke.

S. Kocher (GLP): Die Wichtigkeit von Schatten und Mikroklimainseln im städtischen Umfeld kann man gerade in der aktuellen Zeit wieder täglich spüren. Darum die mindestens 1000

Bäume und darum eine schnelle Umsetzung auch für private Grundstücke zu ermöglichen. Der Bericht sagt klar, wo man heute steht und dass die 1000 Bäume bis 2024 pflanzt sind. Das stimmt positiv.

Gesamthaft ist der Bericht sicher kurz, aber dafür knackig formuliert, und trotzdem beantwortet er die gestellten Fragen rund um diesen Klimavorstoss vollständig. So kann man dem Bericht zusätzlich entnehmen, dass private Grundstückbesitzer rund drei Mal mehr Land besitzen als die Stadt selbst. Wenn man dann die Baumkronendeckung vergleicht, so beschatten die privaten Grundstückbesitzer aber nur doppelt so viel wie die Stadt. Da gibt es definitiv noch Potenzial!

Die GLP-Fraktion begrüsst es, dass der Stadtrat für die Umsetzung der 1000 Bäume dieses Potenzial der privaten Grundstücke auch sieht.

Wir begrüssen es ebenfalls, dass in der Postulatsantwort bereits darauf hingewiesen wird, dass man aktiv auf diejenigen Grundstückbesitzer zugehen wird, wo Potenzial besteht und auch, dass danach die Grundstückbesitzer nicht allein gelassen werden und im schlimmsten Fall der Baum abstirbt. Denn eines muss man sich bewusst sein: Es ist eine Investition in die Zukunft, denn bis die Beschattung wirkt, können gerne 20 Jahre vergehen.

Die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht und nimmt die Postulatsantwort positiv zur Kenntnis.

G. Stritt (SP): Auch die SP dankt dem Stadtrat für den Postulatsbericht mit der umfassenden Berichterstattung und den spannenden Informationen und Statistiken insbesondere über den Baumbestand und die Baumkronendeckung. Es ist interessant zu erfahren, welche grosse Bedeutung der Baumbestand der Privaten hat und welchen entscheidenden Beitrag sie leisten, da doch eine Mehrheit der Bäume von Dritten und Privaten gestellt werden. Dass die Stadt insbesondere den alten Baumbestand der Privaten mitbetreut und unterstützt bei der Pflege, ist sehr positiv und sinnvoll. Dass hier noch Potenzial zur Verdichtung erkannt wurde und geplant ist, noch mehr zu investieren, ist sicher im Interesse des Stadtklimas.

Trotz des grossen Engagements der Stadt bei der Pflege der bestehenden Bäume sind wir auch ein bisschen enttäuscht, dass die Stadt wenig Innovation zeigt, auch den Privaten für die Pflanzung von Jungbäumen Verantwortung zu übertragen. Es wird der Bevölkerung offensichtlich nicht zugetraut, dass sie einem geschenkten Baum genügend Pflege zukommen lassen könnten und dieser folglich kein langes Leben hat. Es braucht wirklich immer noch mehr Menschen, die sich aktiv für den Klimaschutz einsetzen und da wäre eine Baumaktion ein gutes Mittel gewesen.

Es war ja immer die Meinung dieses Postulats, dass zusätzlich zur Pflanzung der 1000 Bäume auf öffentlichem Grund 200 Jungbäume an Private verschenkt werden sollen. Die Pflanzung von zusätzlichen Jungbäumen wäre zugleich eine Geste und ein Geschenk an die Natur und die Winterthurer Bevölkerung gewesen. Man hätte dies verbinden können mit einer Informations- und Sensibilisierungskampagne, beispielsweise einem Baumtag mit verschiedenen Aktivitäten. So hätte auch auf die grosse Bedeutung der Bäume als grüne Lunge gerade im urbanen Raum aufmerksam gemacht werden können und dass dies auch eine grosse Bedeutung für unsere Gesundheit hat. Zudem kann nicht genug betont werden, dass Klimapolitik die Aufgabe aller ist und alle einen Beitrag leisten können.

Es ist schade, dass man diese Chance verpasst. Es wäre möglich gewesen, mit relativ wenig finanziellem Aufwand, den Baumbestand in der Stadt zusätzlich zu erweitern und so positiv auf das Stadtklima zu wirken. Die Klimaerwärmung hat uns bereits in den letzten Jahren gezeigt, wie lebenswichtig die grünen Oasen sind. So braucht es auch zusätzlich die Erfahrungen mit neuen Baumarten, denn es zeigt sich ja immer mehr, dass viele der bestehenden Bäume unter Druck stehen und ihr Überleben gefährdet ist. Hier hätte man auch unter Einbezug der Bevölkerung neue Erkenntnisse erhalten können. Ich hätte mir auch vorstellen können, dass die Bäume im Rahmen einer Art Patenschaft verschenkt worden wären.

Auch wenn wir mehr erwartet hätten, nehmen wir den Postulatsbericht zustimmend zur Kenntnis. Besten Dank

G. Porlezza (FDP): Die FDP unterstützt die Idee, dass Private sich an der Gartenstadt Winterthur beteiligen. Es ist erfreulich, dass das auch schon viele machen. Wir gehen aber einig mit der Ansicht des Stadtrates über das Vorgehen der Stadt, das jetzt skizziert wurde. Ein gezieltes Nachfragen ist effizienter als das breite Verteilen von Jungbäumen, ohne Einfluss auf Standort und Pflege. Ziel muss schlussendlich sein, dass in Winterthur möglichst viele Bäume wachsen und gut gepflegt werden, nicht dass die Stadt möglichst viel Bäume verteilen konnte.

Was ist besser, verteilen oder planen? Für die FDP ist klar: Verteilen ist zwar für die Stadt marketingtechnisch interessant, aber darum geht es ja nicht. Und sind wir ehrlich: Wer in Winterthur so viel Land hat, dass er einen Baum pflanzen kann, der kann sich diesen vermutlich auch leisten. Ich gehöre definitiv nicht zu denen, ich habe aber immerhin Blümchen auf meinem Balkon.

Geschenke finden wir alle schön, aber auch Geschenke sind nicht gratis. Wir unterstützen das Vorgehen des Stadtrates und bedanken uns bei Stadtgrün und allen Privaten, die sich für ein begrüntes Winterthur einsetzen. 1000 Bäume sollen es sein und wir sind nach dieser Antwort zuversichtlich, dass das so kommt. Wir nehmen den Bericht positiv zur Kenntnis.

St. Gubler (SVP): Danke für den Bericht. Stadtgrün soll sich klar auf den öffentlichen Platz beschränken. Es kann nicht sein, dass Mitarbeitende von Stadtgrün auf private Parzellen müssen, um Bäume zu pflegen, der Aufwand ist massiv: Zugang suchen, Ansprechpersonen, der Besitzer ist nicht erfreut über fremde Leute auf seiner Parzelle. Was, wenn das Besitztum ändert und der neue Besitzer keinen Zugang gewähren will?

Ich denke, es wäre viel einfacher, wir würden den Grenzabstand von Bäumen auf privatem Grund einmal anpassen, denn wenn man einen Garten hat, wird es wegen der Nachbarschaft und den strengen Regeln extrem schwierig, und das ist oftmals ein Problem. Von uns aus gesehen ist das langsam oder sicher ein Weg, privaten Grund langsam schleichend aber sicher zu enteignen, der von gewissen Kreisen angestrebt wird. Und wir denken, die Stadt soll sich auf den öffentlichen Platz beschränken und schauen, dass für Private die Hindernisse entfernt werden, Bäume zu pflanzen. Wir von der SVP-Fraktion sind ganz klar gegen Baumpflanzungen und kostenintensive Pflege auf privatem Grund.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Vorab zwei Bemerkungen, zum einen zur SP: Es war nicht von zusätzlichen Bäumen die Rede im Postulat, sondern von 200 Bäumen von diesen 1'000 oder zusätzlich. Das heisst, mehr als 1'000 ist gut, aber es können auch von diesen 1'000 sein. Aber das sind Zahlenklaubereien, es geht jetzt um etwas anderes.

Und zur SVP: Ich denke, es ist doch ein bisschen dick aufgetragen, wenn man von Enteignung spricht. Es geht darum, dass die Stadt mit diesen Grundeigentümern spricht, ob man einen Baum auf das Gelände stellen kann. Das macht Sinn bei Grossüberbauungen. Und bei der Baumpflege geht es vor allem darum, dass man den Zustand des Baumes anschaut, den Baum schneidet und Äste, die gefährdet sind, entfernt. Laubentfernung, also Laub wischen und rechen, das nehme ich davon aus, da gehe ich davon aus, dass das beim Privaten liegt. Bei den Bäumen in Privatbesitz, die ich beobachten konnte, wird das Laubrechen von den Privaten gemacht. Und das funktioniert gut so.

Bald müsste das Programm «1'000 Bäume für Winterthur» abgeschlossen sein. Gemäss Postulatsbericht fehlen noch ca. 200 Bäume zum Ziel. Wir hatten im Februar 2022 die Überweisung dieses Postulats abgelehnt. Wir waren der Meinung, es sei eine schlechte Idee, privaten Grundbesitzenden einen Baum zu überlassen und dann zu schauen, wie viele dieser Bäume auch ein paar Jahre später noch leben. Ähnlich wie man ja auch keine Haustiere verschenkt.

Diesen Vorbehalt teilt der Stadtrat offensichtlich. Er löst dies, indem er – wie schon die Vorredner gesagt haben - die Bäume auf Privatgrund nicht nur setzt, sondern auch deren lebenslange Pflege übernimmt. Diesem Vorgehen stimmen wir als Mitte/EDU-Fraktion zu. Übrigens, liebe Postulierende, der Stadtrat scheint dieses Vorgehen nicht aufgrund Eures Vorstosses erfunden zu haben, sondern schon länger zu pflegen. So wohne ich in einem Quartier, wo an verschiedenen Strassen Halballen so umgesetzt sind, dass sie auf privatem Grund stehen

und von der Stadt gepflegt werden. Und das schon seit 2004 und früher. Also ein Konzept, das gut ist und besteht und mit dem man bereits Erfahrung hat. Wie im Bericht beschrieben. Die Mitte/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für sein umsichtiges Vorgehen und sagt «bitte weiter so, auch über die 1'000 Bäume hinaus». Wir nehmen den Bericht zustimmend zur Kenntnis und stimmen der Abschreibung zu.

Stadtrat St. Fritschi: Ich möchte jetzt nicht behaupten, das Postulat hätte offene Türen eingerannt, aber es ist schon so: Als ich das Postulat angeschaut habe, das ist auch ein Kompliment an das Vorgehen des Stadtrates, dass man die 1'000 Bäume pflanzen möchte. Denn es greift eigentlich die Grundidee auf, die der Stadtrat schon im ganzen Projekt in Absicht hat. Wir möchten wirklich nicht einfach das Privatengagement fördern, indem wir Pflanzen verschenken, denn das ist einfach nicht sehr effizient. Ich behaupte, wenn wir von den 1'000 Bäumen 200 verschenkt hätten, dann hätten wir am Schluss nicht 1'000 zusätzliche Bäume in Winterthur, sondern vielleicht 850. Denn ungefähr 150 dieser 200 würden nicht überleben. Das ist einfach so. Es ist nicht so einfach, für einen Baum das richtige Umfeld zu schaffen, wo er überlebt und wo er wirklich auch ein langes Leben vor sich hat und wo er dann auch einen Dienst für uns als Stadt erfüllt. Also einfach nur Setzlinge verteilen, das bringt wirklich nichts.

Und zudem muss ich natürlich sagen: Ich erwarte auch ein bisschen Eigenverantwortung und Eigeninitiative der Grundstückbesitzer und -besitzerinnen. Wenn man ein Land zur Verfügung hat, dass man dort auch selbst etwas investiert und pflanzt. Und nicht immer nur auf die Stadt wartet, bis man ein Geschenk bekommt und dann pflanzt man es. Es ist nicht verboten, einen Baum zu pflanzen! Ich selbst habe sehr viele Bäume gepflanzt in meinem Garten. Und ich muss sagen, ich bin sehr froh, dass meine Nachbarn nicht reklamieren. Denn es ist nicht immer so einfach, wie Stefan Gubler es sagt. Nicht jeder und jede, die nebenan wohnt, freut sich über den zusätzlichen Schatten. In den Ausschreibungen von neuen Häusern und neuen Wohnungen sehe ich selten, dass schattige Wohnungen oder schattige Häuser angepriesen werden, sondern die Leute wollen immer noch viel mehr sonnige Häuser, sonnige Wohnungen. Und es ist so, es braucht auch die Bereitschaft der Nachbarschaft, dass sie auch mitmachen, wenn man einen Baum pflanzen will.

An Alex Würzer: Wir haben auf dem Stadtplan, den man im Netz herunterladen kann, unter dem Kapitel Stadtgrün den Fortschritt dieser 1'000 Bäume drin. Man kann also wirklich nachschauen, wo diese zusätzlichen Bäume gepflanzt wurden. Man sieht auch, welche Art es ist. Es ist noch interessant zu schauen, was in der Nachbarschaft kommt und im Rahmen dieser zusätzlichen 1'000 Bäume gepflanzt wurde. Das ist für jedermann und jedefrau ersichtlich. Zu Gabi Stritt muss ich sagen: Im Rahmen einer Patenschaft Bäume verschenken, das ist ja ad absurdum! Eine Patenschaft ist für mich eben nicht das Verschenken, sondern das Gegenteil. Das ist, wie wenn ich Dir eine Spende schenke für etwas... Es wäre sehr seltsam, dass die Stadt schenken muss, damit man dann Pate oder Patin ist. Das würde ich dann also sehr seltsam finden.

Die 1'000 Bäume sind auf Kurs, das wurde richtig dargestellt. Die 1'000 Bäume werden in nächster Zeit gepflanzt sein. Ein Teil von diesen hat auch jetzt sehr Durst. Ich bin mir nicht sicher, ob alle dieser 1'000 Bäume überleben, aber wir versuchen zu schauen, dass sie überleben. Und würden im Notfall dann neue pflanzen.

Die Kartengrundlagen, die für Privatgrund gebraucht werden, sind weitgehend entwickelt. Wir sind da vorangekommen. Aber wir haben noch einige rechtliche Fragen, bei denen es darum geht, noch einige Private anzugehen, um dort einzelne Bäume pflanzen zu können. Das ist noch in Klärung. Und dann, wenn das geklärt ist, könnten wir auch noch einige Bäume auf privatem Grund pflanzen.

Und ich hoffe, dass alle diejenigen, die jetzt auf einen Gratisbaum von der Stadt gewartet haben, dass Ihr trotzdem einen Baum pflanzt. Es gibt ganz günstige Bäume. Im Notfall kann man auch selbst einen züchten, das ist nicht so eine Sache. Im Notfall halt nur eine Weide, dort ist die Erfolgschance sehr hoch, dass diese auch weiterwächst. Es gibt also keinen finanziellen Grund, auf eine Bepflanzung zu verzichten.

Es wäre schön, wenn jetzt – vielleicht nicht gerade im Hochsommer, aber gegen den Herbst zu – bei jedem von Euch 60 ein neuer Baum stehen würde. Auch wenn es am Schluss nur auf dem Balkon ist. Danke vielmals.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Stefan.

Auch da bitte ich die Stimmzähler auszuzählen, da es sich um eine Schlussabstimmung handelt. Ich schlage vor, dass wir über beide Ziffern gleichzeitig abstimmen.

Wer das Geschäft zustimmend zur Kenntnis nehmen möchte, soll das jetzt mit Handerheben bezeugen.

Möchte es jemand ablehnen?

Gibt es Enthaltungen?

Ihr habt diesem Geschäft mit 46:9 zugestimmt.

20. Traktandum

Parl.-Nr. 2022.23: Beantwortung der Interpellation U. Hofer (FDP), M. Gross (SVP), M. Bänninger (EVP), I. Kuster (Die Mitte/EDU), P. Weber (SP), K. Frei Glowatz (Grüne/AL) und S. Kocher (GLP) betr. «Cleantech-City Winterthur»: Klimafonds verbessern und verstärken

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Parl.-Nr. 2022.23, Beantwortung der Interpellation betreffend «Cleantech-City Winterthur»: Klimafonds verbessern und verstärken. Als erstes hat das Wort Urs Hofer (FDP).

U. Hofer (FDP): Es war ja schon länger traktandiert und es ist in der Zwischenzeit wohl auch einiges gegangen, deshalb möchte ich mich kurzhalten.

Auf der übergeordneten Ebene haben wir die Klimaneutralität und egal ob 2050 oder 2040, dann braucht es wohl auch die Wirtschaft. Und zwar im doppelten Sinn: Die Wirtschaft selbst muss ihren CO₂-Ausstoss reduzieren und zweitens, und davon bin ich überzeugt, dass wir das nur schaffen können, wenn auch die Investoren aus der Privatwirtschaft die Klimaneutralität vorantreiben. Das Beste ist einfach ein Produkt, das ökologisch mindestens gleich gut oder noch besser ist, und dann erzielen wir die Breitenwirkung, die es braucht.

Cleantech ist dabei nicht nur eine Möglichkeit, sondern ich glaube, für uns in Winterthur wirklich auch eine Chance. Eine Chance für die Stadt, die viele innovative Technologie-Unternehmen hat in Kombination mit vielen Technologie-Studenten und -Studentinnen.

Eine Gruppe von Winterthurer Unternehmer/-innen und Politiker/-innen jeglicher Couleurs haben sich zusammengesetzt und haben sich daran gemacht, wie man Cleantech made in Winterthur verbessern könnte. Das Resultat war ein offener Brief an die Stadt, der hier vorliegt und diskutiert wurde und primär eine Verbesserung des Klimafonds anspricht. Das ist die Idee, da man ja nicht unbedingt neue Instrumente schaffen muss, sondern es eignet sich auch ein bestehendes – das aber durchaus noch Ausbaupotenzial hat. Und ja, man hat auch von einer Art Entwicklungshilfe gesprochen und dass es mehr sein könnte als das, was im Klimafonds aktuell abgeht.

Ich möchte an dieser Stelle aber betonen, dass die wichtigste Botschaft eigentlich das Entstehen des Briefes ist. Es war wirklich so: Wenn es um Demokratie und Unternehmertum geht, scheinen Parteigrenzen keine Rolle zu spielen. Auf diesem fruchtbaren Boden muss eigentlich etwas gesät und geerntet werden können.

Jetzt aber zum konkreten Inhalt und zur konkreten Antwort: Die Antwort sprüht nicht gerade vor Dynamik, etwas zu säen und zu ernten. Sinngemäss lautet die Antwort zum Klimafonds und Cleantech: In Winterthur ist alles zum Besten, man muss nichts ändern und kann auch nichts ändern. Wie kann es aber sein, dass über 70% der Winterthurer/-innen bis 2040 klimaneutral sein wollen, aber nur 6% auch freiwillig einen Beitrag zum Klimafonds leisten? Und

das, obwohl es für einen 1-Personen-Haushalt nur 3 Franken pro Monat mehr kosten würde und für einen 4-Personen-Haushalt ungefähr 8 Franken? Mir scheint da, die Vermarktung hat noch ein bisschen Luft nach oben. Und wie kann es sein, dass erfolgreiche Winterthurer Cleantech-Unternehmen der Stadt Winterthur den Rücken zukehren? Wie kann es sein, dass über 60 Projekte in der Schweiz umgesetzt sind und auf mehrere Arten einen solchen Erfolg hatten, dass man heute noch gerne darüber spricht?

Und um das ging es bei unseren Fragen und um die längerfristige Zielerreichung. Zum Beispiel auch bei der Frage nach der personellen Besetzung im Entscheidungsgremium. Und diese wurde ganz offensichtlich missverstanden. Es ging überhaupt nicht darum zu hinterfragen, auf welchen Entscheidungsgrundlagen gewisse Entscheidungen getroffen werden. Überhaupt nicht, kein Vorwurf in dieser Richtung. Es ist jedoch durchaus suggeriert bzw. eigentlich festgestellt worden, dass vereinzelt Unternehmer oder Unternehmerinnen aus der Privatwirtschaft im Entscheidungsgremium sitzen. Eine gute und durch den Klimafonds unterstützte Idee kann meiner Ansicht nach auch durchaus eine Eintagsfliege sein, wenn sie unternehmerisch durchgeführt und umgesetzt wird. Und so braucht es auch Personen, die beurteilen können aus Sicht des Unternehmertums in Winterthur.

Aber der eigentliche Inhalt des Briefes ist klar: Es braucht einen fruchtbaren Boden, einen verstärkten Austausch mit den Unternehmer/-innen, auch in Klimafragen. Wie der Stadtrat das umsetzt, ist ihm überlassen. Wir spüren aber nicht wirklich eine Dynamik, als Cleantech-City Winterthur in die Geschichte einzugehen. Da könnte man durchaus ein bisschen mehr Mut, etwas mehr Initiative haben. Besten Dank.

M. Gross (SVP): Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nehmen sie weder positiv noch negativ zur Kenntnis.

Vieles wurde von Urs Hofer in seiner «kurzen» Antwort bereits gesagt. Ich möchte einen Punkt aus der Antwort etwas genauer beleuchten. Gemäss dem Stadtrat habe der Klimafonds bereits Projekte unterstützt, die die Kreislaufwirtschaft fördern. Es werden dann Projekte wie «Rebox» (Mehrwegsysteme für Unterwegsverpflegung) oder die Sharing-Plattform «Sharely» erwähnt.

Diese Projekte mögen inhaltlich sinnvoll sein und etwas bewirken. Bei der Kreislaufwirtschaft gibt es jedoch insbesondere grosses Potenzial in der Bauwirtschaft. Hier könnte die Stadt nicht nur mit externen Investitionen in Projekte wie z. B. das «zirkuläre Bauen», das ein Gebäude oder ein Projekt als Rohstofflager für die Zukunft anschaut, sondern auch mit gezielten Vorgaben bei eigenen Ausschreibungen etwas tun.

Ein zweiter Punkt, der auch in der Interpellation erwähnt ist - das gilt grundsätzlich und nicht nur für den Klimafonds. Es ist zentral, dass Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz gut durchdacht sind und die Ziele nach Projektabschluss gemessen und dokumentiert werden. Ansonsten hängen wir nur grünen Ideologien nach und merken gar nicht, wenn sie mehr Schaden anrichten als Nutzen schaffen. Danke.

A. Würzer (EVP): Vielen Dank an den Stadtrat für die ausführliche und aus unserer Sicht verständliche Beantwortung der Interpellation. Wir nehmen diese so zur Kenntnis.

Die Vielfalt an unterstützten Klimafonds-Projekten ist aus unserer Sicht erfreulich. Es ist uns ein grosses Anliegen, dass der Klimafonds auch weiterhin seine positive Wirkung in Winterthur und Region entfalten kann.

Wichtig ist aus unserer Sicht auch die klare Abgrenzung des Klimafonds gegenüber dem Förderprogramm Energie Winterthur. Es gilt, in diesem Bereich wirklich auch Doppelspurigkeiten zu verhindern.

Das führt mich auch bereits zum nächsten Punkt: Wir würden es nämlich begrüßen, wenn das Reglement bezüglich Mittelverwendung Art. 13 Voraussetzungen mit einem Absatz ergänzt wird, der verlangt, dass gerade für Projekte mit Beteiligung durch Hochschulen und Forschungspartner jeweils die Fördermittelbeantragung übergeordneter Förderinstrumente (z.B. Innosuisse) vorausgesetzt wird. Zum einen würde dies das Fondsvermögen entlasten und zum anderen würden auch Bundesgelder oder übergeordnete Fördergelder für innovative Projekte ohne grossen Mehraufwand nach Winterthur gelenkt werden können.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Wir von der Mitte/EDU-Fraktion haben die Antwort des Stadtrates interessiert gelesen.

Mit 160'000 - 170'000 Franken jährlichem Zufluss sind die Mittel des Klimafonds allerdings überschaubar. Wir fragen uns, ob es sinnvoll ist, die Hälfte davon für die Sensibilisierung einzusetzen, weil die Wirkung da schwer messbar ist – geschweige denn die CO₂-Reduktion. Wir haben uns auch gefragt, wieso nicht ein oder zwei grosse Projekte über mehrere Jahre unterstützen, um so einen grösseren Beitrag zur CO₂-Reduktion beizutragen? Und dann müsste bei Bedarf halt das Reglement angepasst werden.

Wir finden es auch wichtig, wie Urs Hofer das erwähnt hat, dass Cleantech-Projekte von Winterthur unterstützt werden.

Noch ein paar Worte zur Werbung: Es ist aus unserer Sicht richtig, dass diese zielgerichtet und kostengünstig erbracht wird. Allerdings müsste trotzdem der Bekanntheitsgrad heute höher sein als 2018. Heute müssten mehr als die Hälfte der Haushalte und Gewerbetreibenden den Klimafonds kennen. Andernfalls müsste die Kommunikation und Marketingtätigkeit für den Klimafonds überdacht werden. Und wieso nicht ein paar der aufgelisteten Ideen im offenen Brief überprüfen und z.B. einmal am KMU-Apéro oder der Start up-Night ein Projekt vorstellen?

Ph. Weber (SP): Auch wir von der SP-Fraktion danken dem Stadtrat und der Verwaltung ganz herzlich für die Beantwortung dieser Interpellation.

Ich bin relativ froh, dass jetzt dann bald Sommerferien sind, damit ich wieder zu mir finde. Denn nachdem ich letzte Woche die Hauseigentümer/-innen vertreten habe, kann ich mich heute voll und ganz dem Votum von Urs Hofer anschliessen. Das ist merkwürdig, aber es zeigt, dass wir doch parteiübergreifend arbeiten können. Insbesondere, dass nur 6% der Kundschaft von Stadtwerk einzahlen, zeigt wohl, dass wir an der Bekanntheit arbeiten könnten. Gerade bei der deutlichen Abstimmung zu Netto Null hat sich ja gezeigt, dass die Winterthurer Bevölkerung bereit ist, sich einzusetzen und dass ihr bewusst ist, dass es etwas kosten wird.

Und von daher möchte ich mich auch herzlich bei den Miteinreichenden bedanken und ich hoffe, dass wir weiterhin miteinander in diese Richtung arbeiten können. Danke.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL nimmt die Antwort des Stadtrates zur Interpellation zustimmend zur Kenntnis. Wir finden, dass die Zielerreichung der Projekte ausreichend geprüft wird und dass die Unabhängigkeit gegeben ist.

Wir sehen aber auch, dass der Klimafonds eben nicht als einziger Kapitalgeber funktionieren kann. Wir finden aber, dass er ausbaubar ist, wenn man sieht, dass nur die Hälfte der Winterthurer Haushalte ihn kennt.

Noch eine ganz kurze Antwort an Michael Gross: Mich erstaunt es, dass er sagt, man müsste den Fortschritt bei der Bauwirtschaft durch Vorgaben in den Ausschreibungen unterstützen. Da bin ich voll bei ihm. Ich denke zwar nicht, dass das mit dem Klimafonds zu tun hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, sondern eher mit einer Vorgabe. Und deshalb bin ich eher erstaunt, dass das von seiner Seite kommt.

S. Kocher (GLP): Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation.

Positiv ist sicher festzuhalten, dass der Klimafonds aus seiner Einschätzung ein bekanntes, breit abgestütztes Gefäss ist. Das hat er in der Antwort nochmals bestätigt worden.

Trotzdem, der Stadtrat scheut sich im Rahmen von diesem Klimafonds weitere Anpassungen oder Zugeständnisse zu machen. Die Vorschläge aus dem offenen Brief sieht er bereits als erfüllt an, auch wenn dies höchstens teilweise so stimmt, oder weicht ihnen im Rahmen der Beantwortung von unseren gestellten Fragen aus.

Wir hoffen, dass es keine Rolle gespielt hat, dass der Stadtrat die Diskussion zum Geschäft nicht nochmals öffnen möchte, nur weil er erst gerade Reglementsanpassungen beschlossen hat. Das wäre eine falsche Entscheidung und ein falsches Signal. Er sollte sich mit den Inhalten auseinandersetzen. Es wäre entsprechend wünschenswert, wenn der Klimafonds seinen

Fokus verstärkt, auf «grüne Geschäftsideen» aus Winterthur mit entsprechendem Skaleneffekt setzen würde. Grüne Geschäftsideen mit lokalem Arbeitsplatzpotenzial sollen in den Fokus gerückt werden und nicht lediglich beliebige Klimatevents.

Teilweise enttäuschend ist dann auch die Antwort beim Thema Mittelverwendung. Hier wird zum Teil nicht auf die Vorschläge eingegangen. Es gibt keine Antwort oder Commitment zur erwünschten Priorisierung von «Cleantech made in Winterthur». Dabei wäre das, genau das, das Kernanliegen aller Beteiligten. Um dies zu machen, muss der Fonds auch kein VC Fonds sein, weil er ja auch jetzt schon a-fonds-perdu-Beiträge spricht.

Auch wenn der Klimafonds bekannt ist und bereits Werbung gemacht wird, spricht unserer Meinung nach nichts dagegen, die neuen Förderprojekte an bereits bestehenden Anlässen (WintiMäss, Startup Night, KMU Forum, Filme für die Erde etc.) verstärkt vorzustellen und so noch mehr Publicity zu erhalten.

Und um dann bei der Umsetzung ebenfalls eine Schippe nachzurüsten, sollte das Entscheidungsgremium mehr Fachkompetenz als Ergänzung der sehr politisch lastigen Ausrichtung im Gremium für die Entscheidungen einfließen lassen. Damit sollten dann vor allem die Projekte gefördert werden können, die die grössten Treibhausgasreduktionspotenziale haben.

Die GLP nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Stadtrat St. Fritschi: Ich möchte noch etwas anfügen: Also, wenn diese Interpellation dazu führt, dass einige mehr in den Klimafonds zahlen, dann habt Ihr das Ziel erreicht. 6% sind viel zu tief. 6% von 60 Personen sind aufgerundet ungefähr 4. Ich hoffe, es sind mehr als 4 in diesem Saal, die in den Klimafonds einzahlen. Ich selbst zahle auf jeden Fall in den Klimafonds. Ich hoffe, es bezahlen mehr ein.

Und es ist leider so: Bei vielen Sachen, bei denen es um Umweltschutz und auch Klima geht, ist man vielleicht in der Theorie schon dafür, aber wenn es dann um das eigene Portemonnaie geht, dann ist die Zustimmung plötzlich nicht mehr so gross wie dort, wo es um die Zustimmung ohne eigene finanzielle Kosten ging. Also ich hoffe, dass möglichst viele – ich habe nicht nachgeprüft, wer von Euch einzahlt, aber ich gehe davon aus, Ihr bezahlt alle ein und auch alle im Stadtrat – einzahlen und es ist sicher so, dass wir alle einen Vorbildcharakter haben.

Es ist so, dass wir nicht aussuchen können, was für Anträge gestellt werden. Michael Gross sagte, die Bauwirtschaft solle mehr unterstützt werden, die Kreislaufbauwirtschaft. Ich kann leider nicht Gesuche selbst schreiben. Die Gesuche kommen oder sie kommen nicht. Und ich kann Dir sagen, dass wir an der letzten Sitzung etwas in Deinem Sinne und Geist unterstützt haben. Aber es ist natürlich so: Wenn kein Gesuch kommt, dann kann es auch nicht unterstützt werden.

Bei Alex Würzer bin ich nicht ganz nachgekommen, was Du gemeint hast mit den Bundesgeldern. Also die meisten Gesuche, die bei uns hereinkommen, gehen auch andere Gelder beantragen und andere Fonds usw. Das ist auch zugelassen gemäss unserem Reglement und es ist sogar förderlich, wenn diese Projekte möglichst viele Geldquellen anzapfen, damit es dann ein Erfolg wird.

Ich glaube, der Erfolg zeigt, dass wir mit diesem Projekt sehr viele CO₂-Einsparungen erreichen konnten. Es ist übrigens schweizweit eine sehr vorbildliche Art und Weise mit diesem Klimafonds, das ist etwas, um das uns andere beneiden. Und es ist nicht so, dass das mutlos wäre, sondern im Gegenteil, das ist gerade bei den heutigen Energiepreisen nicht mutlos. Ich finde das nicht mutlos, wenn wir voll und ganz dahinterstehen. Und wir wollen auch, dass mehr Leute einzahlen, wir werden dieses Jahr noch Aktivitäten an den Tag legen, bei denen wir dafür schauen, dass noch zusätzliche Leute in den Klimafonds einzahlen. Allerdings wollen wir das Geld lieber in Projekte einsetzen als zu sehr in Marketing und Anwerbungen.

Ja, jetzt hoffen wir, dass diejenigen, die gemerkt haben oder bei der nächsten Stromrechnung merken, dass sie noch nicht dabei sind, sich sofort anmelden. Und dann haben wir mindestens da eine grosse Vorbildwirkung aus diesem Saal hinaus.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Stefan.
Die Interpellation ist damit erledigt.

21. Traktandum

Parl.-Nr. 2022.49: Antrag und Bericht zur Motion U. Glättli und S. Kocher (GLP), U. Hofer (FDP), M. Gross (SVP) und F. Kramer-Schwob (EVP) betr. Verordnung über die PKSW proaktiv ordnen

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Das Geschäft wurde letzten Montag von der Traktandenliste abgesetzt, weil es zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sinnvoll wäre, das zu behandeln.

22. Traktandum

Parl.-Nr. 2022.24: Beantwortung der Interpellation I. Kuster (Die Mitte/EDU) und D. Oswald (SVP) betr. Rechtsfallreporting

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Parl.-Nr. 2022.24, Beantwortung der Interpellation betreffend Rechtsfallreporting. Zuerst hat das Wort die Erstinterpellantin Iris Kuster.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU dankt dem Stadtrat für die Auflistung und Aufführung der Rechtsfälle - mit seiner Konklusion sind wir aber gar nicht zufrieden. Die Antworten auf die ersten vier Fragen sind informativ und die Anzahl der Rechtsfälle pro Departement sind gut zu sehen. Ein Vergleich mit den Fällen bei der Ombudsstelle zeigt auf den ersten Blick doch beachtliche Unterschiede und Abweichungen. Aber um diesen Vergleich ging es uns bei dem Vorstoss nicht.

Wir wollten einen umfassenden Blick über die Rechtsfälle in der Stadtverwaltung bekommen – und unter anderem auch darüber, wie viel durch die internen Rechtsdienste und wie viel extern abwickelt werden. Das alles zeigen die Antworten auf, aber eine Behandlung der Liste in den Kommissionen könnte noch tiefere Einblicke und Auskünfte (z.B. über die Fälle der Stadtkasse) verschaffen und die grösseren Fälle könnten bei Bedarf thematisch genauer angeschaut werden.

Dass der Stadtrat kein Rechtsfallreporting führt und auch keines in Zukunft führen will, verstehen wir gar nicht. Viele Informationen sind ja vorhanden, sie müssen nur regelmässig zusammengefasst werden und uns, den Mitgliedern des Stadtparlaments, zur Verfügung gestellt oder in der Aufsichtskommission vorgestellt werden. Der Aufwand dafür wäre überschaubar und vertretbar. Beim Beteiligungscontrolling geht es ja auch!

Uns fehlt der Wille des Stadtrates zu mehr Transparenz. Und wir von der Mitte/EDU fordern den Stadtrat auf, sich seine Antwort zu Frage 5 nochmals zu überdenken und ein Rechtsfallreporting einzuführen und uns die jährlichen Daten offen und transparent zu kommunizieren. Danke.

D. Oswald (SVP): Im Grossen und Ganzen schliessen wir uns der Vorrednerin an. Die SVP dankt dem Stadtrat für die Antworten. Besonders freut uns, dass diese Zusammenstellung der Antworten ohne grossen Aufwand erbracht werden konnte, wie es in der Antwort auch steht. Die Anzahl der Rechtsfälle ist aus unserer Sicht, und das vielleicht noch zusätzlich zu dem, was Iris schon gesagt hat, ein Qualitätsmerkmal über die Arbeit der Verwaltung. Somit ist für uns eine periodische Information über die Situation durchaus angebracht. In welcher Form, das ist sekundär. In der einen oder anderen Situation ist es sicher richtig, wenn es dazu parlamentarische Zielvorgaben gibt. Aber auch die Form wie beim Beteiligungscontrolling wäre für uns eine Möglichkeit.

Wir begrüßen es, wenn wir weiter über die offenen Rechtsfälle informiert werden. Wir werden sonst Anstrengungen unternehmen, diese Informationen einzuholen, wenn wir sie nicht erhalten. Besten Dank.

F. Kramer-Schwob (EVP): Danke für die interessante Antwort, kurz und übersichtlich dargestellt. Ich habe im Nachhinein gestaunt, dass die Mitte nicht danach gefragt hat, welchen Anteil der Verfahren die Stadt gewinnt. Dabei wäre das ja durchaus spannend: Die Stadt kann kaum verhindern, dass sie Prozesspartei wird. Dies liegt wohl auch an bisschen an unseren heutigen Zeiten, wo viele Leute schnell einmal ihr Recht durchzusetzen versuchen. Manchmal auch auf Biegen und Brechen. Spannend zu wissen wäre dabei, ob die Verwaltung so gut arbeitet, dass ihre Entscheide in einem Rechtsmittelverfahren in einer anständigen Quote Bestand haben.

Wir denken, dass es wichtig ist, dass die Stadt aus Compliance-Gründen intern ein Reporting über Rechtsfälle führt. Anscheinend machen das die stärker betroffenen Departemente ja auch. Und die Zahlen waren auch bei den anderen Departementen erhältlich, ausser bei der Schule. Wo ich sehr hoffe, dass das bei der heutigen Schulpflege anders aussehen würde. Es wird also gezählt. Ich hoffe, man notiert auch noch etwas ausführlicher, was die Erkenntnisse aus den Verfahren sind.

Danke für die Antwort und die gute Zusammenstellung, die wir gerne zur Kenntnis nehmen.

S. Kocher (GLP): Das ist für einmal ein Bericht, der nach einem ganz anderen Muster beantwortet wurde. Alles in einem schönen Excel-File zusammengefasst.

Inhaltlich lässt sich aus dem Excel-File leider nicht viel objektiv ableiten. Es ist eine reine Zeitpunkt Betrachtung. Erstens wurden lediglich die letzten drei Jahre ausgewertet und zweitens gibt es keine Vergleichswerte. Schwer, so irgendwelche Trends, Aussagen oder Begründungen oder Erkenntnisse abzuleiten, die dann auch mit der Realität übereinstimmen und nicht reine eigenen Spekulationen sind.

Sind die Zahlen repräsentativ? Sind sie im langjährigen Durchschnitt? Gibt es erkennbare Trends? Hat sich die Gegenwart verändert? Wie sieht man die Zukunft? Was unternimmt man intern?

Alle diese Zahlen bleiben in der Antwort unkommentiert und sind in dieser kommentarlosen Form wertlos, da wortlos. Aber den Verfassern des Berichts darf man zugutehalten, dass die Interpellanten auch nicht nach einer Interpretation oder Einschätzung gefragt haben, sondern eben nur nach den nackten Zahlen. Manchmal bekommt man eben genau das, was man auch bestellt.

Wir nehmen die Antworten zur Interpellation zur Kenntnis. Besten Dank.

A. Büeler (Grüne/AL): Auch wir bedanken uns für die kurze und als Tabelle übersichtlich gegliederte und für mich auch aufschlussreiche Interpellationsantwort.

Die Anzahl Prozesse von extern beauftragten Rechtsanwälten ist eher tiefer als ich das vermutet hätte (nur 27 von rund 3'000 Fälle von 2019 bis 2021, 0.9%). Und auch die Anzahl Prozesse mit Streitwert über 50'000 Franken ist mit einem Anteil von nur 0.8% tief. Also keine dramatischen oder auffällig steigenden Zahlen. Zugegeben, die Zeitspanne von nur drei Jahren ist etwas kurz.

Die hohen Zahlen beim DFI fehlt unserer Meinung nach eine Erläuterung dazu. Das sind ja Einsprachen gegen Steuereinschätzungen. Eine Einsprache gegen eine Steuerveranlagung hat faktisch eher den Stellenwert einer Wiedererwägung und ist eigentlich nicht mit den anderen Rechtsfällen gleichzusetzen von der Wichtigkeit her. Und das sind immerhin 2'650 von den rund 3'000 Fällen.

Aus unserer Sicht genügt das aktuelle Rechtsfallreporting. Die Fraktion Grüne/AL nimmt die Beantwortung der Interpellation zustimmend zur Kenntnis.

U. Hofer (FDP): Auch die FDP-Fraktion dankt für die Beantwortung in Form der Tabelle. Betreffend Aussagekraft teile ich die Meinung von Samuel Kocher. Ich bezweifle ein bisschen die Genauigkeit der Tabelle. Ich kenne mehrere Kanzleien, die keine Mandate gegen die

Stadt Winterthur annehmen, weil sie dort regelmässig städtische Mandate haben, und das klingt für mich nach deutlich mehr als die angegebene Anzahl von extern geführten Prozessen.

Eine ganz andere Frage ist tatsächlich die Frage nach einem periodischen städtischen Rechtsfallreporting, aus verschiedenen Gründen. Das ist nicht nur für den Stadtrat zur Führung der Verwaltung ein sinnvolles Instrument, sondern ich denke da auch an IKS-Instrumente, an das Vier-Augen-Prinzip und auch wirklich zu merken, wo vielleicht irgendein Ball losgeht, wo man frühzeitig eingreifen muss.

Es gibt gute Gründe, weshalb die meisten anderen Gebiete ein zentralisiertes Reporting kennen. Ob das intern bleibt oder auch auszugsweise gezeigt wird, sehe ich offener als die Mitte. Aber ich glaube, der Nutzen ist doch deutlich höher als dass der Stadtrat das in seinem Kommentar einschätzt. Besten Dank.

Stadtpräsident M. Künzle: Wir haben die Tabelle gemacht und ich weiss nicht, wie man darauf kommt, dass diese Tabelle locker und flockig erstellt werden konnte. Das ist ein Aufwand und den muss man betreiben. Der Aufwand ging nicht weiter, es gab keine Interpretation, keine Vertiefungen. Das war auch nicht unser Auftrag. Das wäre dann auch erst spannend geworden.

Wir haben aufgezeigt, dass wir dort ein Reporting machen, wo es auch Sinn macht. Nämlich dort, wo viele Fälle anstehen. Und es ist wirklich so: Die Departemente, welche diese Verfahren führen, müssen die Erkenntnisse gewinnen aus diesen Rechtsfällen. Diese leiten Erkenntnisse ab für weitere Fälle, für die weitere Praxis, wie man mit gewissen Sachfragen umgeht. Und das wird seriös gemacht in den Departementen. Es macht keinen Sinn, dass wir das gesamtstädtisch machen.

Auch Ihr als Parlament wart bisher der Meinung, dass man das nicht gesamtstädtisch macht. Denn dort, wo Ihr es für wichtig haltet, habt Ihr parlamentarische Zielvorgaben, z.B. beim Bau. Dort hat man es festgehalten, dass man diese Rechtsfälle anschauen muss. Und bei anderen macht es einfach keinen Sinn, weil man zum Teil auch gar keine hat.

Wir sind der Meinung, dass es nicht sinnvoll ist, ein Reporting über das Ganze aufzuziehen. Wir erachten das als nicht sinnvoll und auch nicht im Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag.

Also alles in allem: Wir sind der Meinung, dass es keinen Sinn macht über die ganze Stadt. Sondern man kann diese Erkenntnisse in den einzelnen Departementen gewinnen. Abgesehen davon, dass die weitergezogenen Fälle dann auch in den Stadtrat kommen. Wir hören davon und können entscheiden, ob wir den Fall weiterziehen wollen oder nicht.

Danke vielmals.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank an den Stadtpräsidenten Mike Künzle. Damit ist auch diese Interpellation erledigt.

23. Traktandum

Parl.-Nr. 2022.47: Beantwortung der Interpellation F. Kramer-Schwob (EVP), D. Siegmann (SP), U. Hofer (FDP), S. Kocher (GLP) und T. Wolf (SVP) betr. Organisation Stadtentwicklung

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Parl.-Nr. 2022.47, Beantwortung der Interpellation betreffend Organisation Stadtentwicklung. Das Wort hat zuerst die Erstinterpellantin Franziska Kramer-Schwob (EVP).

F. Kramer (EVP): Danke für die ausführliche Antwort zur Stadtentwicklung. Die Interpellation wurde ja sehr breit abgestützt eingereicht. Dies zeigt, dass es den Parteien – mit verschiedenen Schwerpunkten (wir werden in den Voten vielleicht noch davon hören) – wichtig ist, am Thema Stadtentwicklung dranzubleiben. Die breite Abstützung zeigt auch, dass die Stadtentwicklung komplex ist und wir als Parlament immer wieder darum ringen, diese Produktgruppe zu verstehen.

Gewisse in der Interpellationsantwort angesprochene Punkte sind inzwischen klarer geworden. So wurde schon das aktuelle Budget mit den neuen Produkten SmartCity/Wirtschaft/Wohnen, Quartiermanagement und Integrationsförderung sowie als drittes Infrastruktur gemacht. Inzwischen wurden in der AK auch die parlamentarischen Zielvorgaben überarbeitet. Ganz erledigt haben sich die Fragen aber noch nicht. Bei den Zielvorgaben ist bereits klar, dass man diese in einiger Zeit nochmals anschauen will. Auch ganz allgemein sind wir wohl in einer abwartenden Haltung: Wie entwickelt sich die Stadtentwicklung?

Sehr herausfordernd finde ich, dass die Stadtentwicklung in sehr unterschiedlichen Themen auf ganz unterschiedlichen Flughöhen tätig ist. Einerseits möchte sie strategisch arbeiten in den Bereichen Statistik und Planung. Dies auf einer zum Teil hohen Abstraktionsebene. Auf der anderen Seite ist die Stadtentwicklung ganz operativ tätig, und zwar sehr spezifisch auf einer tiefen Detaillierungsebene. So betreibt die Stadtentwicklung die Ludotheken, einen Spielbus, verwaltet und bespielt die Halle 710, betreibt einen Infodesk für Migrantinnen und Migranten und einen Dolmetschenden-Vermittlungsdienst, um nur einige Aufgaben aufzuzählen. Das sind organisatorische Aufgaben und Aufgaben, die im direkten Kontakt mit einzelnen Bürgerinnen und Bürgern bestehen. Diese ganze Bandbreite von strategischen und operativen Aufgaben wird mit weniger als 20 Vollzeitstellen erledigt. Die Stellenprofile dürften dabei wahrscheinlich sehr unterschiedlich sein: Von Hauswarten über Statistiker:innen zu Sozialarbeitenden.

Natürlich gibt es überall – nicht nur in der Stadtentwicklung - eine strategische und eine operative Ebene. Bei der Stadtentwicklung gibt es aber mit den Themen Wohnen, Wirtschaft, SmartCity, nachhaltige Stadtentwicklung und soziale Stadtentwicklung doch sehr verschiedene, alles komplexe Themen, die – in diesen unterschiedlichen Flughöhen – abgedeckt sein wollen.

Da frage ich mich nach wie vor, ob die heutige Organisation der Weisheit letzter Schluss ist. Wird man diesen Anforderungen allen gerecht?

Wir finden die strategische Aufgabe der Stadtentwicklung wichtig: Das Überprüfen der Wohnpolitik, das Arbeitsplatzmonitoring, eine weitsichtige Stadtplanung. Es darf aber nicht dazu führen, dass in der Stadt zu wenig Kapazität ist für die sehr wichtige Aufgabe der Stadtentwicklung – was uns als EVP ein Herzensanliegen ist - in den Quartieren: Die Menschen in der Stadt, allen voran diejenigen, die sich ehrenamtlich in Quartiervereinen engagieren, müssen ganz besonders wertgeschätzt, unterstützt und gefördert werden. Sie müssen sich als Teil des grossen Ganzen fühlen. Das braucht Zeit und Ressourcen für Besuche, Gespräche, Vernetzen. Die Stadtentwicklung muss zuhören und das Gehörte weitertragen in die Stadtverwaltung. Es ist da Bodenhaftung gefragt: Basisarbeit bei den Ehrenamtlichen. Verbindung mit der Stadt.

So ist für uns die Frage noch nicht abschliessend geklärt, ob das Sammelsurium von Aufgaben wirklich richtig zugeordnet ist bei der Stadtentwicklung. Oder ob es nicht doch noch die eine oder andere Aufgabe gäbe, die man weitergeben könnte, um sich auf ein paar Kernaufgaben mit ähnlichen Stellenprofilen konzentrieren zu können. Aus unserer Sicht ist der Fokus noch zu schärfen.

Die Stadtentwicklung scheint überzeugt, eine gute Organisationsform gefunden zu haben. Dieser Praxistest steht noch aus. Wir sind gespannt, wie es weitergeht, werden als EVP am Thema dranbleiben und nehmen die Antwort dankend zur Kenntnis.

B. Helbling (SP): Auch wir danken dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung dieser Interpellation. Die Stadtentwicklung – neu Amt für Stadtentwicklung – hat eine umfassende Organisationsüberprüfung erfahren. Das Ziel der Neustrukturierung ist eine Themenzentrierung auf fächerübergreifende Zusammenarbeit, die agil arbeitet und sich in den verschiedenen

Rollen um die Fokus-Themen Wirtschaft, Wohnen, SmartCity, Nachhaltigkeit und soziale Stadtentwicklung kümmert. Die ersten konkreten Resultate der Reorganisation konnten in der Beantwortung bereits beschrieben werden.

Wir begrüßen es, dass die Reorganisation zu einer klareren Aufteilung zwischen dem Amt für Städtebau und dem Amt für Stadtentwicklung geführt hat, die festlegt, dass die Stadtentwicklung bei der wirtschaftlichen und sozialen Stadtentwicklung im Lead ist.

Die Fachstelle Quartierentwicklung und die Fachstelle Integrationsförderung sind zum Fachbereich Soziale Stadtentwicklung zusammengeführt. Das bringt neue Synergien, die hoffentlich (wie beschrieben) neue Chancen eröffnen.

Wir gespannt zu lesen, dass die strategischen Themen der sozialen Stadtentwicklung gemeinsam mit verschiedenen internen und externen Akteuren angegangen wird. Vor kurzem wurde das Info- und Welcome-Desk vorgestellt, welches als Aufgabe der Integrationsförderung und zur Information der Bevölkerung zum Thema Integration neu konzipiert wurde. Es braucht in der Integrationsförderung und bei der gesamten sozialen Stadtentwicklung Gefässe, um zu sammeln, auszutauschen, zu bündeln und weiterzubearbeiten. Zurzeit wird das Sozialmonitoring überprüft, um bessere Informationen zu erhalten und die Entwicklungen der einzelnen Quartiere zu beobachten und hoffentlich die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Auch bei der jetzigen Überarbeitung der Leistungsvereinbarungen in den Quartieren braucht es den Kontakt und die Information der zuständigen Quartiervereine. Mit diesen soll überprüft werden, welche Bedürfnisse und Herausforderungen in den Quartieren vorhanden sind. Es braucht da ein offenes Ohr und die Möglichkeit, neue Wege zu gehen. Der Fokus der sozialen Stadtentwicklung soll immer wieder überprüft werden. Zurzeit, so lesen wir, liegt er strukturschwachen Stadtkreisen, aber auch auf stark wachsenden Stadtkreisen.

In der AK, es wurde schon erwähnt, wurden die WOV-Kennzahlen überarbeitet. Das Budget 2024 wird die Reorganisation besser abbilden. Das Amt für Stadtentwicklung ist auf einem spannenden Weg. Wir werden diesen gespannt weiterverfolgen und nehmen die Interpellationsantwort zustimmend zur Kenntnis.

U. Hofer (FDP): Was war das Problem der alten Stadtentwicklung? Es war ein Gemischtwarenladen. Da wurden ganz unterschiedliche Themen miteinander vermischt und ganz unterschiedliche Kompetenzen. Und ebenso operative und sehr strategische Themen.

Die Konsequenz war in meiner Wahrnehmung, dass es eine Produktegruppe war ohne klaren Fokus, mit vielen Schnittstellenproblematiken zu anderen Produktegruppen und Departementen. Und mit zu wenig Wirkung im Ziel bei den bewirtschafteten Themen.

Man kann es noch ein bisschen anders formulieren: Die Stadtentwicklung war meines Wissens eine von Ernst Wohlwend neugeschaffene Produktegruppe, die all das abdecken sollte, das sonst seinem direkten Einfluss entzogen gewesen wäre.

Eine Organisationsüberprüfung ist eine gute Gelegenheit, die Weichen neu zu stellen und die strukturellen Probleme zu lösen. Es ist zu hoffen, dass man hat dies ergebnisoffen macht und die Chance wahrgenommen wird. Ich habe aber durchaus meine Zweifel, wenn ich sehe, dass in dieser neuen Stadtentwicklung zu dem grundsätzlich unveränderten Gemischtwarenladen noch diverse weitere Themen wie SmartCity, nachhaltige Stadtentwicklung und damit noch neue Schnittstellen dazugekommen sind. Da hilft auch das Arbeiten mit verschiedenen Netzwerkteams etc. nichts, denn die organisatorischen Massnahmen lösen in der Regel das grundlegende strukturelle Problem nicht. Ausserdem scheint es, die Stadtentwicklung beschäftigt im Stellenetat zu wenige Personen: Wenn man zig verschiedene Projekte und Schnittstellen bewirtschaften will mit nur beschränkt Personal, dann reicht das eben nicht, um viel Wirkung zu erzielen.

Und das ist kein Aufruf zur Erhöhung des Stellenetats bei der Stadtentwicklung. Das ist ein Aufruf, nochmals zu überdenken, ob es nicht eine Bündelung von Kräften dort braucht, wo sie fachlich hingehören: Umwelt ins DSU, Soziales ins DSO, Bauliches und Raumplanung ins Baudepartement, Standortförderung ins House of Winterthur, SmartCity ins IDW.

Und ja, es kann Themen geben, bei denen es nicht nur um bauliche Raumplanung, sondern auch um soziale und wirtschaftliche Raumplanung geht. Aber dann soll doch bitte in diesem

Bereich departementsübergreifend gearbeitet werden. Es ist ohnehin ein Durcheinander in diesem Bereich.

Fazit: Ich danke für die Antwort, sie ist gut geschrieben und formuliert, mindert aber meine Bedenken ganz grundsätzlich bezüglich der strukturellen Aufstellung der Stadtentwicklung nicht.

S. Kocher (GLP): Als erstes besten Dank an den Stadtrat, respektive an die Autoren und Autorinnen von diesem Bericht. Der Bereich von der Stadtentwicklung ist in den letzten Jahren vielen Einflussfaktoren unterworfen gewesen. Man kann dem Bericht sehr gut entnehmen, dass die neue Leitung hier jetzt einen klaren neuen Fokus definiert und die Organisation an das dynamische Umfeld und die stetig wechselnden Randbedingungen und die neuen Anforderungen an die Stadtentwicklung angepasst hat.

Auch wenn der Bericht nicht immer ganz konkret in seinen Aussagen wird, so erkennt man trotzdem sehr gut, wie sich die Stadtentwicklung organisiert und wie sie in den gesamtstädtischen Verbund eingebettet ist.

Es ist ein Aufgabengebiet im Spannungsfeld von «sozialer Stadtentwicklung», «Integrationsförderung», «Quartierentwicklung» und «Smart City» und bedarf einer entsprechend ausgewogenen Priorisierung der einzelnen Aufgaben, was gemäss Bericht heute so umgesetzt wird.

Glaubt man den Ausführungen im Bericht weiter - und es gibt absolut keinen Grund, das nicht zu tun - so ist die Stadtentwicklung aktuell für die definierten Aufgaben gut aufgestellt. Das ist nebst den inhaltlichen Schwerpunkten auch mittelfristig sehr wichtig, da immerhin zwei von den vier Hauptstossrichtungen der Legislaturziele, nämlich «Lebensqualität und Stadtentwicklung» sowie «sozialer Zusammenhalt» wohl auch direkt vom Wirken vom Team Stadtentwicklung abhängig ist.

Viele Details zu den einzelnen Fragen sind von den Vorrednerinnen bereits detailliert erläutert worden. Ich erlaube mir, entsprechend abzukürzen.

Die GLP nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis. Besten Dank.

M. Wegelin (SVP): Vielen Dank für die Beantwortung der Interpellation. Die SVP nimmt sie positiv zur Kenntnis.

Die Fragen wurden vom Umfang her mehr als zufriedenstellend beantwortet, mit sehr viel Zusatzinformationen. Die Reorganisation in eine agil aufgestellte Netzwerkorganisation macht Sinn und die bereits sichtbaren Resultate scheinen dies zu bestätigen.

Ich möchte nur eine Bemerkung zur Beantwortung der 4. Frage machen: Der Ausdruck «5-Minuten-Quartiere» ruft bei mir einen fahlen Beigeschmack hervor. Er erinnert stark an die 15-Minuten-Städte, in denen Autos nicht mehr notwendig sind, weil alles, was man braucht, innerhalb einer Viertelstunde erreichbar ist. Dieses Konzept soll die Lebensqualität und das Klima verbessern. Es gibt zu diesem Thema ein virales und mehrfach geteiltes TikTok-Video, welches suggeriert, dass das Konzept der 15-Minuten-Stadt in chinesischen Städten bereits strikt umgesetzt wird. Angeblich seien Stadtteile durch Zäune abgetrennt und die Bürger dürften bestimmte Wohnviertel aufgrund des 15-Minuten-Konzepts nur per Gesichtserkennung verlassen. Ja, wir sind hier in der Schweiz und nicht in China.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

A. Büeler (Grüne/AL): Der Stadtrat hat die Fragen der Interpellation sehr detailliert und für uns auch zufriedenstellend beantwortet. Die dargestellte Verteilung der Personal- und Finanzressourcen scheint uns plausibel. Da begrüssen wir im Unterschied zur FDP ausdrücklich, dass der Stadtentwicklung die «Nachhaltige Entwicklung» als neues strategisches Schwerpunktthema zugewiesen worden ist. Diese Herausforderungen darf auch die Stadtentwicklung nicht einfach ignorieren. Auch die hinsichtlich Raumplanung beschriebene Entflechtung und Rollenteilung respektive Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Städtebau und der Stadtentwicklung macht für uns so Sinn. Das Gleiche gilt für die Koordination zwischen dem Sozialamt und der sozialen Stadtentwicklung.

Einzigster Kritikpunkt: Gestolpert bin ich über ein bisschen viel Anglizismen und sperrige Begriffe wie «Kokreationsplattform». Ich hoffe, dass nicht schon der Name die Bevölkerung davon abschreckt, sich einzubringen. Für einen niederschweligen Zugang ist auch eine möglichst einfache Sprache wichtig.

Ohne jetzt alle die weiteren Argumente der Vorredner zu wiederholen, erachten wir die Stadtentwicklung aktuell als sehr gut aufgestellt. Wir wünschen der Stadtentwicklung, dass sich die neue Organisation jetzt gut einspielen kann.

Wir von der Fraktion Grünen/AL bedanken uns für die Interpellationsantwort und nehmen sie zustimmend zur Kenntnis.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich möchte mich herzlich bedanken für das Interesse an der Entwicklung der Stadtentwicklung. Danke für die Voten und die gute Aufnahme.

Wir hatten die Überzeugung, dass wir ein bisschen ausführlicher schreiben müssen, weil man neue Sachen beschreiben muss, damit man sie verstehen kann. Wir waren auch in der AK und haben das vorgestellt. Wir haben die Gelegenheit genutzt, wo man über die parlamentarischen Zielvorgaben diskutieren konnte, dass das Parlament da Einfluss nehmen kann mit den eigenen Zielvorgaben.

Ich kann vielleicht geschichtlich beginnen: Ernst Wohlwend wurde genannt. Damals, als er das eingeführt hat, habe ich das Votum für meine Fraktion abgegeben im Parlament. Und wir waren sehr kritisch. Wir fanden, nein, da wird jetzt irgendeine Verwaltungseinheit aufgebaut, mit der jemand dann direkten Zugriff hat auf die ganze Planung. Heute muss ich sagen: Es war richtig, dass man die Stadtentwicklung aufgebaut hat.

In den weiteren Jahren später hatten wir immer wieder Diskussionen zwischen der Stadtentwicklung und dem Amt für Städtebau, wer macht jetzt wo was, welche Arbeiten. Und das hat dann letztendlich ausgelöst, dass wir fanden, wir müssen die Stadtentwicklung neu denken, neu definieren, die Schnittstellen neu bearbeiten. Und ich glaube, das war ein wichtiger Teil dieser Reorganisation: Wir haben den «Gemischtwarenladen», der genannt wurde – den haben wir immer noch, ich negiere das nicht – aber wir haben ihn neu definiert und eben auch die Schnittstellen genau angeschaut. Und wir haben die Aufgaben genau definiert und, das Wichtigste, wir haben die Schnittstellen geklärt zwischen der Stadtentwicklung und dem Amt für Städtebau. Das ist eine sehr grosse Leistung und hilft auch bei der Arbeit innerhalb der Stadtverwaltung.

Es braucht eine Stadtentwicklung. Ich mache ein Beispiel: Wenn irgendein grösseres Areal überbaut werden soll, dann gibt es nicht nur die raumplanerischen Fragestellungen, sondern da gibt es auch die Fragestellungen, welche Infrastrukturen die Stadt braucht, wie die ganze Erschliessung aussieht, was braucht dieses Areal, damit die Bevölkerung gut leben kann, wenn wir die hohe Lebensqualität in einem solchen Areal sicherstellen wollen.

Die 5-Minuten-Quartiere, die genannt wurden, sollen dazu dienen, dass man die Dienstleistungen der Stadt näher bekommt, dass vor allem die, welche nicht mehr weite Wege machen können, auch zu solchen Dienstleistungen kommen. Und es ist mitnichten so, dass wir irgendeinen Ansatz vom chinesischen Modell übernehmen wollten, dass alle in diesen Quartieren eingesperrt werden und dass einer von Seen nicht nach Töss darf oder umgekehrt. Bei weitem nicht. Da steht eine ganz andere Philosophie dahinter – und nicht eine chinesische. Dann noch etwas, das von der GLP gesagt wurde: Das kam für mich etwas seltsam herüber. Man darf dem Stadtrat danken für diese Antwort. Das hat am Schluss der Stadtrat entschieden, wie wir dem Parlament antworten. Und man darf den Schreiberlingen danken, die letztendlich dahintergesessen sind. Aber insgesamt darf man dem Stadtrat danken. So wie wir auch auf die Fraktionen Bezug nehmen, nicht nur auf die einzelnen Votantinnen und Votanten, sondern wir sprechen die Fraktionen an.

Das, was ich wirklich mitnehme, ist die grundsätzlich gute Grundhaltung. Wir werden weiterhin natürlich auch die Stadtentwicklung weiter beobachten, führen, weiter steuern. Und wir werden regelmässig auch die zuständige parlamentarische Kommission über die Erkenntnisse dieser Weiterentwicklung informieren, so dass das Parlament verfolgen kann, wie es mit der Stadtentwicklung weitergeht.

Von der EVP-Fraktion wurden noch die Quartiere genannt. Jawohl, wir wollen, dass wir eine Bodenhaftigkeit haben, deshalb haben wir die Leistungsvereinbarungen erneuert. Das ist ein wichtiger Teil, auch die Freizeitanlagen. Die Bodenhaftung im Quartier wollen wir wirklich anstreben. Auch wir sind der Meinung, in einer wachsenden Stadt werden die Quartiere immer wichtiger. Und deshalb setzt man die Kräfte auch dort ein, das ist ganz wichtig.

Und die Qualität einer solchen Reorganisation, die auch ein Thema war: Da kann ich einfach sagen, wir hatten intensive Workshops. Zu dieser Reorganisation, da gibt es ganz viele Fragen, die jetzt in den kritischeren Voten kamen, die dort auch gestellt wurden. Und wir kamen zu diesem Modell. Gebt dieser Stadtentwicklung die Chance zu zeigen, dass sie jetzt richtig aufgestellt ist. Gebt ihr die Chance, für unsere Stadt da auch gute Dienstleistungen erbringen zu können.

Und das letzte, das ich mitnehme, was die Grünen gesagt haben: Es ginge auch mit weniger Anglizismen.

Ich bedanke mich nochmals für die Antworten und die gute Aufnahme. Und wünsche jetzt einen wunderschönen, etwas früher beginnenden Parlamentsanlass.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Mike Künzle.

Somit hat sich diese Interpellation auch erledigt.

Ich darf an dieser Stelle nochmals die Einladung von Fredy Künzler bekräftigen, die Ihr alle bekommen habt, für jetzt anschliessend einen gemeinsamen Grillabend auf dem Gelände von Init7. Und ich sollte nochmals betonen, die Einladung gilt für alle Parlamentarier:innen sowie auch für alle Stadträt:innen. Wir freuen uns auf einen gemeinsamen Abend.

Damit wünsche ich Euch allen eine gute und erholsame Sommerpause. Bis im August wieder.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

B. Huizinga (EVP)

F. Helg (FDP)

M. Steiner (SP)